

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung vom 10. Dezember 2014 des Übereinkommens vom 27. Juni 1980 zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe

A. Problem und Ziel

Das Übereinkommen über die Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe (GF) vom 27. Juni 1980 (BGBl. 1985 II S. 714, 715) bedurfte nach 35 Jahren einer Modernisierung. Einige Bestimmungen waren von Beginn an nicht angewandt worden oder haben inzwischen ihre praktische Bedeutung verloren. Durch Anpassung an aktuelle Entwicklungen soll der GF zudem fit gemacht werden für die Zukunft.

Daher hat der Gouverneursrat des GF auf seiner Jahrestagung am 10. Dezember 2014 ein Paket von Änderungen zum Übereinkommen beschlossen. Die Änderungen treten nach Nummer 2 des Beschlusses CFC/GC/XXVI/1 des Gouverneursrates 13 Monate nach Beschlussfassung in Kraft, wenn kein Mitglied widerspricht. Während dieser Frist sind die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Änderungen zu erfüllen.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz zur Änderung vom 10. Dezember 2014 des Übereinkommens vom 27. Juni 1980 zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe werden in Deutschland die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Änderungen des Übereinkommens geschaffen.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch das Gesetz entstehen keine neuen Haushaltsausgaben beziehungsweise finanziellen Verpflichtungen.

E. Erfüllungsaufwand**E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Durch das Gesetz entsteht kein Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Durch das Gesetz entsteht kein Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft. Die „One in, one out“-Regel (Bundeskabinett vom 25. März 2015) kommt daher im vorliegenden Fall nicht zur Anwendung.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung**a) Bund**

Durch das Gesetz ändert sich der Erfüllungsaufwand für die Verwaltung nicht.

b) Länder einschließlich Kommunen

Durch das Gesetz entsteht kein Erfüllungsaufwand für die Verwaltung.

F. Weitere Kosten

Das Gesetz verursacht keine zusätzlichen Kosten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 8. Oktober 2015

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung vom 10. Dezember 2014 des
Übereinkommens vom 27. Juni 1980 zur Gründung des Gemeinsamen
Fonds für Rohstoffe

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Der Bundesrat hat in seiner 936. Sitzung am 25. September 2015 beschlossen,
gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf**Gesetz
zur Änderung vom 10. Dezember 2014
des Übereinkommens vom 27. Juni 1980
zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der vom Gouverneursrat des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe in Den Haag am 10. Dezember 2014 durch Beschluss CFC/GC/XXVI/1 angenommenen Änderung und Neufassung des Übereinkommens vom 27. Juni 1980 zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe (BGBl. 1985 II S. 714, 715) wird zugestimmt. Die Neufassung des Übereinkommens wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, Änderungen zu Kapitel IX des Übereinkommens gemäß Artikel 50 Absatz 2 des Übereinkommens durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Änderung und Neufassung des Übereinkommens nach Nummer 2 des Beschlusses des Gouverneursrates für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.
- (3) Die Bundesregierung wird ermächtigt, die Klammer in Artikel 53 des Übereinkommens durch das Datum des Inkrafttretens der Änderung und Neufassung des Übereinkommens zu ersetzen, sobald dieses feststeht.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes ist erforderlich, da ein bestehender Vertrag geändert wird, der Gegenstand eines zustimmungsbedürftigen Vertragsgesetzes war.

Zu Artikel 2

Um die parlamentarische Arbeit zu entlasten, sollen auch künftig gemäß Artikel 50 Absatz 2 beschlossene Änderungen des Übereinkommens, die sich lediglich auf die Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten des GF (Kapitel IX) beziehen, durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates innerstaatlich in Kraft gesetzt werden.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem die Änderung des Übereinkommens nach Nummer 2 des Beschlusses für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das Übereinkommen enthält in Artikel 53 bezüglich der Annahme der Änderungen und Neufassung durch den Gouverneursrat ein in Klammern gesetztes Datum, weil der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungen noch nicht feststeht. Für das Inkrafttreten bedarf es des Ablaufs einer Widerspruchsfrist von 13 Monaten nach dem Tag der Beschlussfassung, wobei der Gouverneursrat diese Frist noch einmal verlängern kann. Nach der Information der Mitglieder über das Inkrafttreten soll dieses Datum die Klammer in Artikel 53 ersetzen. Um eine nochmalige Befassung des Parlaments nur aufgrund der Anpassung dieser Textstelle im Vertragsgesetz zu vermeiden, soll bereits jetzt die Zustimmung erteilt werden, dass die Bundesregierung nach Absatz 3 das Datum des Inkrafttretens einsetzen und das Vertragsgesetz insoweit ändern darf. Diese Zustimmung erfasst keine sonstigen inhaltlichen Änderungen.

Schlussbemerkung

Der Bund wird durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Die mit dem ursprünglichen Übereinkommen gegenüber dem Gemeinsamen Fonds abgegebene Gewährleistungserklärung des Bundes in Höhe von 5,1 Millionen Euro wird mit den Änderungen zum Übereinkommen gegenstandslos, da die zugrunde liegenden Bestimmungen zu zahlbaren Anteilen aus dem Übereinkommen gestrichen wurden.

Übereinkommen
zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe

Agreement
Establishing the Common Fund for Commodities

(Übersetzung)

	Contents	Inhaltsverzeichnis
	Preamble	Präambel
	Chapter I	Kapitel I
	Definitions	Begriffsbestimmungen
Article		
1.	Definitions	Artikel 1 – Begriffsbestimmungen
	Chapter II	Kapitel II
	Objectives and Functions	Ziele und Aufgaben
2.	Objectives	Artikel 2 – Ziele
3.	Functions	Artikel 3 – Aufgaben
	Chapter III	Kapitel III
	Membership	Mitglieder
4.	Eligibility	Artikel 4 – Zulassung
5.	Members	Artikel 5 – Mitglieder
6.	Limitations of Liability	Artikel 6 – Haftungsbegrenzung
	Chapter IV	Kapitel IV
	Capital and other Resources	Kapitalbestände und sonstige Finanzmittel
7.	Unit of Account and Currencies	Artikel 7 – Rechnungseinheit und Währungen
8.	Capital Resources	Artikel 8 – Kapitalbestände
9.	Subscription of Shares	Artikel 9 – Zeichnung der Anteile
10.	Payment of Shares	Artikel 10 – Zahlung der Anteile
11.	Adequacy of Subscriptions of Shares of Capital	Artikel 11 – Angemessenheit der Zeichnungen von Kapitalanteilen
12.	Voluntary Contributions	Artikel 12 – Freiwillige Beiträge
13.	Collateral Reserve	Artikel 13 – Sicherheitsrücklage
14.	Debt	Artikel 14 – Schulden
15.	Trust Funds	Artikel 15 – Treuhandfonds
	Chapter V	Kapitel V
	Operations	Geschäfte
16.	General Provisions	Artikel 16 – Allgemeine Bestimmungen
	A. Use of resources	A. Verwendung der Finanzmittel
	B. Two accounts	B. Zwei Konten
	C. General powers	C. Allgemeine Befugnisse
	D. General operating principles	D. Allgemeine Geschäftsgrundsätze
17.	The Capital Account	Artikel 17 – Das Kapitalkonto
	A. Resources	A. Finanzmittel

	B. Use of the resources of Capital in the Capital Account		B. Verwendung der Kapitalmittel des Kapitalkontos
18.	The Operations Account	Artikel 18 –	Das Geschäftskonto
	A. Resources		A. Finanzmittel
	B. Financial limits for the Operations Account		B. Finanzielle Grenzen des Geschäftskontos
	C. Principles of Operations Account activities		C. Grundsätze für die Tätigkeiten im Rahmen des Geschäftskontos

Chapter VI**Organization and Management**

19.	Structure of the Fund
20.	Governing Council
21.	Voting in the Governing Council
22.	Executive Board
23.	Voting in the Executive Board
24.	Managing Director and Staff
25.	Consultative Committee
26.	Budgetary and Audit Provisions
27.	Location of Headquarters
28.	Publication of Reports
29.	Relations with the United Nations, ICBs, other International Organizations and other Entities

Chapter VII**Withdrawal and Suspension of Membership**

30.	Withdrawal of Members
31.	Suspension of Membership
32.	Settlement of Accounts

Chapter VIII**Suspension and Termination of Operations and Settlement of Obligations**

33.	Temporary Suspension of Operations
34.	Termination of Operations
35.	Settlement of Obligations: General Provisions
36.	Settlement of Obligations: Capital Account
37.	Settlement of Obligations: Operations Account
38.	Settlement of Obligations: Other Assets of the Fund

Chapter IX**Status, Privileges and Immunities**

39.	Purposes
40.	Legal Status of the Fund
41.	Immunity from Juridical Proceedings
42.	Immunity of Assets from other Actions
43.	Immunity of Archives
44.	Freedom of Assets from Restrictions
45.	Privilege for Communications
46.	Immunities and Privileges of Specified Individuals
47.	Immunities from Taxation

Kapitel VI**Organisation und Geschäftsführung**

Artikel 19 –	Aufbau des Fonds
Artikel 20 –	Gouverneursrat
Artikel 21 –	Abstimmung im Gouverneursrat
Artikel 22 –	Exekutivdirektorium
Artikel 23 –	Abstimmung im Exekutivdirektorium
Artikel 24 –	Geschäftsführender Direktor und Personal
Artikel 25 –	Beratender Ausschuss
Artikel 26 –	Bestimmungen über Haushaltsfragen und Rechnungsprüfung
Artikel 27 –	Sitz und Geschäftsstellen
Artikel 28 –	Veröffentlichung der Berichte
Artikel 29 –	Beziehungen zu den Vereinten Nationen, internationalen Rohstoffgremien, anderen internationalen Organisationen und sonstigen juristischen Personen

Kapitel VII**Austritt und zeitweiliger Ausschluss eines Mitglieds**

Artikel 30 –	Austritt von Mitgliedern
Artikel 31 –	Zeitweiliger Ausschluss eines Mitglieds
Artikel 32 –	Abrechnung

Kapitel VIII**Zeitweilige Einstellung und Beendigung der Geschäftstätigkeit sowie Regelung von Verbindlichkeiten**

Artikel 33 –	Zeitweilige Einstellung der Geschäftstätigkeit
Artikel 34 –	Beendigung der Geschäftstätigkeit
Artikel 35 –	Erfüllung von Verbindlichkeiten – allgemeine Bestimmungen
Artikel 36 –	Erfüllung von Verbindlichkeiten – Kapitalkonto
Artikel 37 –	Erfüllung von Verbindlichkeiten – Geschäftskonto
Artikel 38 –	Erfüllung von Verbindlichkeiten – sonstige Vermögenswerte des Fonds

Kapitel IX**Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten**

Artikel 39 –	Zweck
Artikel 40 –	Rechtsstellung des Fonds
Artikel 41 –	Immunität von der Gerichtsbarkeit
Artikel 42 –	Immunität der Vermögenswerte von sonstigen Maßnahmen
Artikel 43 –	Immunität der Archive
Artikel 44 –	Befreiung der Vermögenswerte von Beschränkungen
Artikel 45 –	Vorrecht im Nachrichtenverkehr
Artikel 46 –	Immunitäten und Vorrechte besonderer Personen
Artikel 47 –	Befreiung von der Besteuerung

48.	Waiver of Immunities, Exemptions and Privileges	Artikel 48 – Aufhebung der Immunitäten, Befreiungen und Vorrechte
49.	Application of this Chapter	Artikel 49 – Anwendung dieses Kapitels
Chapter X Amendments		Kapitel X Änderungen
50.	Amendments	Artikel 50 – Änderungen
Chapter XI Interpretation and Arbitration		Kapitel XI Auslegung und Schiedsverfahren
51.	Interpretation	Artikel 51 – Auslegung
52.	Arbitration	Artikel 52 – Schiedsverfahren
Chapter XII Final Provisions		Kapitel XII Schlussbestimmungen
53.	Entry into Force	Artikel 53 – Inkrafttreten
54.	Periodic Review of the Agreement	Artikel 54 – Regelmäßige Überprüfung des Übereinkommens
55.	Depositary	Artikel 55 – Verwahrer
56.	Accession	Artikel 56 – Beitritt
57.	Reservations	Artikel 57 – Vorbehalte
58.	Languages	Artikel 58 – Sprachen
Schedules		Anhänge
A.	Subscriptions of Shares of Capital	A. Zeichnungen von Kapitalanteilen
B.	Special arrangements for the least developed countries, pursuant to article 10, paragraph 5	B. Besondere Vorkehrungen zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder nach Artikel 10 Absatz 5
C.	Eligibility criteria for ICBs	C. Maßstäbe für die Anerkennung internationaler Rohstoffgremien
D.	Allocation of Votes	D. Stimmenverteilung
E.	Election of Executive Directors	E. Wahl der Exekutivdirektoren
F.	Unit of Account	F. Rechnungseinheit

Preamble

The Parties,

Determined to promote economic co-operation and understanding among all States, particularly between developed and developing countries, based on the principles of equity and sovereign equality and thereby to contribute to the establishment of a New International Economic Order,

Recognizing the need for improved forms of international co-operation in the field of commodities as an essential condition for the establishment of a New International Economic Order, aimed at promoting economic and social development, particularly of developing countries,

Desirous of promoting global action to improve market structures in international trade in commodities of interest to developing countries,

Recalling resolution 93(IV) on the Integrated Programme for Commodities adopted at the fourth session of the United Nations Conference on Trade and Development (hereinafter referred to as UNCTAD),

Have agreed to establish hereby the Common Fund for Commodities, which shall operate in accordance with the following provisions:

Chapter I
Definitions

Article 1
Definitions

For the purpose of this Agreement:

1. "Capital" means capital of the Fund as specified in article 8, paragraph 1.
2. "Financial Intervention" means any grant, loan or other credit instrument, investment in equity, debt or investment funds, or any other form of financial intervention or contribution, except loan guarantees, that the Governing Council shall approve on a general basis or that the Executive Board shall approve for any individual case, for financing by the Fund under its Operations Account activities.
3. "Fund" means the Common Fund for Commodities established by this Agreement.
4. "International Commodity Body" (hereinafter referred to as ICB) means a body designated by the Executive Board in accordance with the criteria set out in schedule C, for the purpose of the Fund's Operations Account activities.
5. "Shares" means the shares of Capital specified in article 8, paragraph 1.
6. "Highly Qualified Majority" means at least three fourths of all votes cast.
7. "Qualified Majority" means at least two thirds of all votes cast.
8. "Simple Majority" means more than half of all votes cast.
9. "Total voting power" means the sum of the votes held by all the Members of the Fund.
10. "Trust Fund" means any amount of cash and/or number of other financial instruments of another party or parties, which is administered and/or managed by the Fund.

Präambel

Die Vertragsparteien –

entschlossen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Verständigung zwischen allen Staaten, insbesondere zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern, gestützt auf die Grundsätze der Gerechtigkeit und der souveränen Gleichheit zu fördern und dadurch zur Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung beizutragen;

in Erkenntnis der Notwendigkeit verbesserter Formen der internationalen Zusammenarbeit im Rohstoffbereich als wesentliche Voraussetzung für die Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung mit dem Ziel, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, insbesondere der Entwicklungsländer, zu fördern;

in dem Wunsch, ein globales Vorgehen zur Verbesserung der Marktstrukturen im Welthandel mit Rohstoffen, die für die Entwicklungsländer von Belang sind, zu fördern;

gestützt auf die EntschlieÙung 93 (IV) über das Integrierte Rohstoffprogramm, die auf der vierten Tagung der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (im Folgenden als „UNCTAD“ bezeichnet) angenommen wurde –

sind übereingekommen, hiermit den Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe zu gründen, der nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen tätig wird:

Kapitel I
Begriffsbestimmungen

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens

1. bedeutet „Kapital“ das in Artikel 8 Absatz 1 bezeichnete Kapital des Fonds;
2. bedeutet „finanzielle Maßnahme“ jede Art von Zuschuss, Darlehen oder sonstigem Kreditinstrument, Anlagen in Beteiligungskapital, Schulden oder Investmentfonds oder jede sonstige Art von finanzieller Maßnahme oder finanziellem Beitrag, mit Ausnahme von Kreditbürgschaften, die der Gouverneursrat grundsätzlich oder die das Exekutivdirektorium für jeden Einzelfall für die Finanzierung durch den Fonds aufgrund von dessen Tätigkeiten im Rahmen des Geschäftskontos genehmigt;
3. bedeutet „Fonds“ den durch dieses Übereinkommen gegründeten Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe;
4. bedeutet „internationales Rohstoffgremium“ ein vom Exekutivdirektorium nach den in Anhang C aufgestellten Kriterien für die Zwecke der Tätigkeiten des Fonds im Rahmen des Geschäftskontos bestimmtes Gremium;
5. bedeutet „Anteile“ die in Artikel 8 Absatz 1 bezeichneten Anteile des Kapitals;
6. bedeutet „besonders qualifizierte Mehrheit“ mindestens drei Viertel aller abgegebenen Stimmen;
7. bedeutet „qualifizierte Mehrheit“ mindestens zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen;
8. bedeutet „einfache Mehrheit“ mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen;
9. bedeutet „Gesamtstimmenzahl“ die Gesamtzahl der allen Mitgliedern des Fonds zustehenden Stimmen;
10. bedeutet „Treuhandfonds“ jede Bargeldsumme und/oder Anzahl sonstiger Finanzierungsinstrumente einer anderen Partei oder anderer Parteien, die vom Fonds verwaltet und/oder bewirtschaftet wird;

11. "Unit of Account" means the unit of account of the Fund as defined in accordance with article 7, paragraph 1.
12. "Usable Currencies" means (a) the Japanese yen, the pound sterling, the Euro, the United States dollar and any other currency which has been designated from time to time by a competent international monetary organization as being in fact widely used to make payments for international transactions and widely traded in the principal exchange markets, and (b) any other freely available and effectively usable currency which the Executive Board may designate by a Qualified Majority after the approval of the country whose currency the Fund proposes to designate as such. Currencies may be removed from the list of Usable Currencies by the Executive Board by a Qualified Majority.
13. "Votes cast" means affirmative and negative votes.
11. bedeutet „Rechnungseinheit“ die nach Artikel 7 Absatz 1 bestimmte Rechnungseinheit des Fonds;
12. bedeutet „verwendbare Währungen“ a) den Japanischen Yen, das Pfund Sterling, den Euro, den US-Dollar und jede andere Währung, die nach periodischer Feststellung einer zuständigen internationalen Währungsorganisation bei Zahlungen für internationale Geschäfte verbreitet Verwendung findet und auf den wichtigsten Devisenmärkten stark gehandelt wird, und b) jede sonstige frei verfügbare und tatsächlich verwendbare Währung, die das Exekutivdirektorium mit qualifizierter Mehrheit bezeichnet, nachdem das Land, dessen Währung der Fonds in dieser Weise zu bezeichnen beabsichtigt, seine Genehmigung erteilt hat; das Exekutivdirektorium kann mit qualifizierter Mehrheit Währungen von der Liste der verwendbaren Währungen streichen;
13. bedeutet „abgegebene Stimmen“ Ja- und Nein-Stimmen.

Chapter II
Objectives and Functions

Article 2
Objectives

The objectives of the Fund shall be:

- (a) To serve as a key instrument in attaining the agreed objectives of the Integrated Programme for Commodities as embodied in resolution 93(IV) of UNCTAD;
- (b) To promote the development of the commodity sector and to contribute to sustainable development in its three dimensions i.e. social, economic and environmental; acknowledging the diversity of ways towards sustainable development and in this regard recall that each country has the primary responsibility for its own development and the right to determine its own development paths and appropriate strategies.

Article 3
Functions

To further its objectives as stated in article 2, the Fund shall exercise the following functions:

- (a) To mobilize resources and to finance measures and actions in the field of commodities as hereinafter provided;
- (b) To establish partnerships to encourage synergies through co-operation and implementation of commodity development activities;
- (c) To operate as a service provider;
- (d) To disseminate knowledge and to provide information on new and innovative approaches in the field of commodities;
- (e) To perform other functions as decided by the Governing Council.

Chapter III
Membership

Article 4
Eligibility

Membership in the Fund shall be open to:

- (a) All States Members of the United Nations or of any of its specialized agencies or of the International Atomic Energy Agency; and
- (b) Any intergovernmental organization which exercises competence in fields of activity of the Fund. Such intergovernmental

Kapitel II
Ziele und Aufgaben

Artikel 2
Ziele

Der Fonds hat folgende Ziele:

- a) als Hauptinstrument bei der Erreichung der in Entschliebung 93 (IV) der UNCTAD niedergelegten vereinbarten Ziele des Integrierten Rohstoffprogramms zu dienen;
- b) die Entwicklung des Rohstoffsektors zu fördern und zur nachhaltigen Entwicklung im Hinblick auf ihre drei Dimensionen, das heißt die soziale, die wirtschaftliche und die ökologische Dimension, beizutragen; dabei die vielfältigen Wege zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung anzuerkennen und diesbezüglich zu berücksichtigen, dass jedes Land in erster Linie selbst für seine eigene Entwicklung verantwortlich ist und das Recht hat, seine eigenen Entwicklungswege und geeignete Strategien zu bestimmen.

Artikel 3
Aufgaben

Zur Erreichung seiner in Artikel 2 genannten Ziele nimmt der Fonds folgende Aufgaben wahr:

- a) Finanzmittel zu mobilisieren und Maßnahmen und Tätigkeiten im Rohstoffbereich zu finanzieren, wie nachfolgend vorgesehen;
- b) Partnerschaften aufzubauen, um durch Zusammenarbeit und Durchführung von Entwicklungstätigkeiten im Rohstoffbereich Synergien zu fördern;
- c) als Dienstleister tätig zu werden;
- d) Wissen zu verbreiten und Informationen über neue und innovative Ansätze im Rohstoffbereich zur Verfügung zu stellen;
- e) sonstige vom Gouverneursrat beschlossene Aufgaben zu erfüllen.

Kapitel III
Mitglieder

Artikel 4
Zulassung

Mitglieder des Fonds können werden

- a) alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation und
- b) jede zwischenstaatliche Organisation, die in Tätigkeitsbereichen des Fonds Zuständigkeiten wahrnimmt. Derartige zwi-

organizations shall not be required to undertake any financial obligations to the Fund; nor shall they hold any votes.

Article 5
Members

The Members of the Fund (hereinafter referred to as Members) shall be:

- (a) Those States which have ratified, accepted or approved this Agreement on or prior to its date of entry into force;
- (b) Those States which have acceded to this Agreement in accordance with article 56;
- (c) Those intergovernmental organizations referred to in article 4 (b) which have ratified, accepted or approved this Agreement on or prior to its date of entry into force;
- (d) Those intergovernmental organizations referred to in article 4 (b) which have acceded to this Agreement in accordance with article 56.

Article 6
Limitations of Liability

No Member shall be liable, by reason only of its membership, for acts or obligations of the Fund.

Chapter IV
Capital and other Resources

Article 7
Unit of Account and Currencies

1. The Unit of Account of the Fund shall be as defined in schedule F.

2. The Fund shall hold, and conduct its financial transactions in Usable Currencies. No Member shall maintain or impose restrictions on the holding, use or exchange by the Fund of Usable Currencies deriving from:

- (a) Payment of subscriptions of Shares of Capital;
- (b) Payment of voluntary contributions;
- (c) Borrowing;
- (d) Payment on account of principal, income, interest or other charges in respect of loans or investments made out of any of the funds referred to in this paragraph.

3. The Executive Board shall determine the method of valuation of Usable Currencies, in terms of the Unit of Account, in accordance with prevailing international monetary practice.

Article 8
Capital Resources

1. The capital of the Fund (referred to herein as Capital) shall be divided into 37,000 Shares to be issued by the Fund, having a par value of 7,566.47145 Units of Account each and a total value of 279,959,444 Units of Account.

2. Shares of Capital shall be available for subscription only by Members in accordance with the provisions of article 9.

3. The Shares of Capital:

- (a) Shall, if necessary, be increased by the Governing Council upon the accession of any State under article 56;

schenstaatliche Organisationen sind nicht gehalten, gegenüber dem Fonds irgendwelche finanziellen Verpflichtungen einzugehen, und haben kein Stimmrecht.

Artikel 5
Mitglieder

Mitglieder des Fonds (im Folgenden als „Mitglieder“ bezeichnet) sind

- a) alle Staaten, die dieses Übereinkommen bei oder vor dessen Inkrafttreten ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben;
- b) alle Staaten, die diesem Übereinkommen nach Artikel 56 beigetreten sind;
- c) alle zwischenstaatlichen Organisationen im Sinne des Artikels 4 Buchstabe b, die dieses Übereinkommen bei oder vor dessen Inkrafttreten ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben;
- d) alle zwischenstaatlichen Organisationen im Sinne des Artikels 4 Buchstabe b, die diesem Übereinkommen nach Artikel 56 beigetreten sind.

Artikel 6
Haftungsbegrenzung

Ein Mitglied ist nicht allein aufgrund seiner Mitgliedschaft für Handlungen oder Verbindlichkeiten des Fonds haftbar.

Kapitel IV
Kapitalbestände und sonstige Finanzmittel

Artikel 7
Rechnungseinheit und Währungen

(1) Die Rechnungseinheit des Fonds wird in Anhang F bestimmt.

(2) Der Fonds führt seine Guthaben in verwendbaren Währungen und betreibt seine Finanzgeschäfte in diesen Währungen. Ein Mitglied darf Beschränkungen hinsichtlich der Guthaben des Fonds in verwendbaren Währungen sowie deren Verwendung oder Umtausch weder aufrechterhalten noch auferlegen, sofern diese Währungsguthaben sich ergeben aus

- a) Zahlung aufgrund der Zeichnung von Kapitalanteilen;
- b) Zahlung freiwilliger Beiträge;
- c) Darlehensaufnahme;
- d) Zahlungen auf das Kapital oder als Rendite, Zinsen oder sonstige Abgaben in Bezug auf Anleihen oder Investitionen, die aus Mitteln im Sinne dieses Absatzes getätigt werden.

(3) Das Exekutivdirektorium bestimmt das Verfahren zur Bewertung der verwendbaren Währungen, ausgedrückt in Rechnungseinheiten des Fonds, im Einklang mit den bestehenden internationalen Währungsgepflogenheiten.

Artikel 8
Kapitalbestände

(1) Das Kapital des Fonds (im Folgenden als „Kapital“ bezeichnet) wird in 37 000 vom Fonds auszugebende Anteile aufgeteilt, die jeweils einen Nominalwert von 7 566,47145 Rechnungseinheiten haben und deren Gesamtwert sich auf 279 959 444 Rechnungseinheiten beläuft.

(2) Kapitalanteile können nur von Mitgliedern nach Maßgabe des Artikels 9 gezeichnet werden.

(3) Die Kapitalanteile

- a) werden nach Beitritt eines Staates gemäß Artikel 56, falls erforderlich, vom Gouverneursrat erhöht;

(b) May be increased by the Governing Council in accordance with article 11.

4. If the Governing Council makes available for subscription unsubscribed Shares of Capital pursuant to article 11, paragraph 2, or increases the Shares of Capital pursuant to paragraph 3 (b) of this article, each Member shall have the right, but shall not be required, to subscribe such Shares.

Article 9

Subscription of Shares

1. Each Member referred to in article 5 (a) shall maintain a subscription, as set forth in schedule A, of:

- (a) 100 Shares; and
- (b) Any additional Shares.

2. Each Member referred to in article 5 (b) shall subscribe:

- (a) 100 Shares; and
- (b) Any additional Shares to be determined by the Governing Council by a Qualified Majority in a manner consistent with the allocation of Shares in schedule A and in accordance with the terms and conditions agreed pursuant to article 56.

3. Each Member may on a voluntary basis allocate to the Operations Account a part of its subscription under, respectively, paragraph 1 (a) or 2 (a) of this article, as well as such part or parts of its subscription under, respectively, paragraph 1 (b) or 2 (b) as the Governing Council in consensus shall allow at the request of such Member.

4. In addition to its mandatory subscription pursuant to article 9, paragraph 1 or 2 respectively, each Member may at its own discretion request the Governing Council to make available for such Member for subscription any number of Shares of Capital as referred to in article 8, that remain unsubscribed as of the date of such request. The payment of any Shares so subscribed shall take place on terms and conditions to be agreed between the Governing Council and the Member concerned.

5. Shares of Capital shall not be pledged or encumbered by Members in any manner whatsoever and shall be transferable only to the Fund.

Article 10

Payment of Shares

1. Payments of Shares of Capital subscribed by each Member shall be made:

- (a) In any Usable Currency at the rate of conversion between that Usable Currency and the Unit of Account as at the date of payment; or
- (b) In a Usable Currency selected by that Member at the time of deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval, and at the rate of conversion between that Usable Currency and the Unit of Account as at the date of this Agreement.

At the time of deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval, each Member shall select one of the procedures above, which shall apply to all such payments.

2. When undertaking any review in accordance with article 11, paragraph 1, the Governing Council shall review the operation of the method of payment referred to in paragraph 1 of this article, in the light of exchange-rate fluctuations, and, taking into account developments in the practice of international lending

b) können vom Gouverneursrat nach Artikel 11 erhöht werden.

(4) Gibt der Gouverneursrat nicht gezeichnete Kapitalanteile nach Artikel 11 Absatz 2 zur Zeichnung frei oder erhöht er die Kapitalanteile nach Absatz 3 Buchstabe b, so ist jedes Mitglied berechtigt, aber nicht verpflichtet, solche Anteile zu zeichnen.

Artikel 9

Zeichnung der Anteile

(1) Jedes in Artikel 5 Buchstabe a bezeichnete Mitglied hält, wie in Anhang A dargelegt, eine Zeichnung von

- a) 100 Anteilen und
- b) gegebenenfalls zusätzlichen Anteilen.

(2) Jedes in Artikel 5 Buchstabe b bezeichnete Mitglied zeichnet

- a) 100 Anteile und
- b) gegebenenfalls zusätzliche Anteile in einer Höhe, die der Gouverneursrat mit qualifizierter Mehrheit in einer Weise, die mit der Zuweisung der Anteile in Anhang A vereinbar ist, und im Einklang mit den nach Artikel 56 vereinbarten Bedingungen festlegt.

(3) Jedes Mitglied kann dem Geschäftskonto freiwillig einen Teil seiner Zeichnung nach Absatz 1 Buchstabe a beziehungsweise Absatz 2 Buchstabe a sowie denjenigen Teil oder diejenigen Teile seiner Zeichnung nach Absatz 1 Buchstabe b beziehungsweise Absatz 2 Buchstabe b, den oder die der Gouverneursrat auf Antrag des betreffenden Mitglieds einvernehmlich bewilligt, zuweisen.

(4) Zusätzlich zu seiner verpflichtenden Zeichnung nach Artikel 9 Absatz 1 beziehungsweise 2 kann jedes Mitglied den Gouverneursrat nach eigenem Ermessen darum ersuchen, eine beliebige Anzahl von Anteilen des in Artikel 8 bezeichneten Kapitals, die zum Zeitpunkt dieses Antrags noch nicht gezeichnet waren, für das betreffende Mitglied zur Zeichnung freizugeben. Die Zahlung derart gezeichneter Anteile erfolgt zu Bedingungen, die zwischen dem Gouverneursrat und dem betreffenden Mitglied vereinbart werden.

(5) Anteile des Kapitals dürfen von den Mitgliedern in keiner Weise verpfändet oder belastet werden und können nur auf den Fonds übertragen werden.

Artikel 10

Zahlung der Anteile

(1) Die Zahlung der von jedem Mitglied gezeichneten Kapitalanteile erfolgt

- a) in beliebiger verwendbarer Währung zu dem am Tag der Zahlung gültigen Umrechnungskurs zwischen der betreffenden verwendbaren Währung und der Rechnungseinheit oder
- b) in einer von dem betreffenden Mitglied bei Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde ausgewählten verwendbaren Währung zu dem zum Zeitpunkt dieses Übereinkommens geltenden Umrechnungskurs zwischen der betreffenden verwendbaren Währung und der Rechnungseinheit.

Jedes Mitglied wählt bei Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde eines der beiden Verfahren, das auf alle derartigen Zahlungen Anwendung findet.

(2) Nimmt der Gouverneursrat eine Überprüfung nach Artikel 11 Absatz 1 vor, so überprüft er auch die Wirkungsweise des Zahlungsverfahrens nach Absatz 1 des vorliegenden Artikels im Hinblick auf Wechselkursschwankungen und beschließt unter Berücksichtigung der Entwicklungen in der Praxis der internatio-

institutions, shall decide by a Highly Qualified Majority on changes, if any, in the method of payment of subscriptions of any additional Shares of Capital subsequently issued in accordance with article 11, paragraph 2.

3. Each Member referred to in article 5 (a) shall:

- (a) Have paid 30 per cent of its total subscription of Shares within 60 days after the entry into force of this Agreement, or within 30 days after the date of deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval, whichever was later;
- (b) One year after the payment provided for in subparagraph (a) above, have paid 20 per cent of its total subscription of Shares and deposited with the Fund irrevocable, non-negotiable, non-interest bearing promissory notes in an amount of 10 per cent of its total subscription of Shares. Such notes shall be encashed as and when decided by the Governing Council by a Qualified Majority;
- (c) Two years after the payment provided for in subparagraph (a) above, have deposited with the Fund irrevocable, non-negotiable, non-interest bearing promissory notes in an amount of 40 per cent of its total subscription of Shares.

Such notes shall be encashed as and when decided by the Governing Council by a Qualified Majority, except that the promissory notes in respect of Shares allocated to the Operations Account shall be encashed as and when decided by the Executive Board.

4. Calls on Shares of Capital shall be made *pro rata* from all Members, except as provided for in paragraph 3 (c) of this article.

5. Special arrangements for payment of subscriptions of Shares of Capital by the least developed countries are set forth in schedule B.

6. Subscription of Shares of Capital may, when relevant, be paid by the appropriate agencies of Members concerned.

Article 11

Adequacy of Subscriptions of Shares of Capital

1. The Governing Council may review, at such intervals as it may deem appropriate, the adequacy of the Capital available to the Capital Account.

2. As a result of any review under paragraph 1 of this article, the Governing Council may decide to make available for subscription unsubscribed Shares or to issue additional Shares of Capital on a basis of assessment to be decided by the Governing Council.

3. Decisions by the Governing Council under this article shall be adopted by a Highly Qualified Majority but shall not come into force until accepted by all Members. Acceptance shall be deemed to have been given unless any Member notifies its objection to the Managing Director in writing within six months after the adoption of the decision. Such period of time may be extended by the Governing Council at the time of the adoption of the decision, at the request of any Member.

Article 12

Voluntary Contributions

1. The Fund may accept voluntary contributions from Members and other sources. Such contributions shall be paid in Usable Currencies.

nalen Kreditinstitute mit besonders qualifizierter Mehrheit über eventuelle Änderungen des Verfahrens der Zahlung von Zeichnungen etwaiger zusätzlicher Kapitalanteile, die nach Artikel 11 Absatz 2 nachträglich ausgegeben werden.

(3) Jedes in Artikel 5 Buchstabe a bezeichnete Mitglied muss

- a) innerhalb von 60 Tagen nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens oder innerhalb von 30 Tagen nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde, je nachdem, welcher Zeitpunkt später liegt, 30 v. H. seiner gesamten Zeichnung von Anteilen gezahlt haben;
- b) ein Jahr nach der unter Buchstabe a vorgesehenen Zahlung 20 v. H. seiner gesamten Zeichnung der Anteile gezahlt und beim Fonds unwiderrufliche, nicht begebare, zinslose Schuldscheine über einen Betrag von 10 v. H. seiner gesamten Zeichnung von Anteilen hinterlegt haben. Derartige Schuldscheine werden in einer Weise und zu einem Zeitpunkt, die der Gouverneursrat mit qualifizierter Mehrheit bestimmt, zur Zahlung vorgelegt;

- c) zwei Jahre nach der unter Buchstabe a vorgesehenen Zahlung beim Fonds unwiderrufliche, nicht begebare, zinslose Schuldscheine über einen Betrag von 40 v. H. seiner gesamten Zeichnung von Anteilen hinterlegt haben.

Derartige Schuldscheine werden in einer Weise und zu einem Zeitpunkt, die der Gouverneursrat mit qualifizierter Mehrheit bestimmt, zur Zahlung vorgelegt; ausgenommen hiervon sind Schuldscheine über dem Geschäftskonto zugewiesene Anteile, die in einer Weise und zu einem Zeitpunkt, die das Exekutivdirektorium bestimmt, zur Zahlung vorgelegt werden.

(4) Vorbehaltlich des Absatzes 3 Buchstabe c erfolgt der Abruf von Zahlungen auf Kapitalanteile anteilmäßig von allen Mitgliedern.

(5) Anhang B enthält besondere Bestimmungen über die Zahlung der Zeichnungen von Kapitalanteilen durch die am wenigsten entwickelten Länder.

(6) Die Zeichnungen von Kapitalanteilen können gegebenenfalls durch die zuständigen Stellen der betreffenden Mitglieder gezahlt werden.

Artikel 11

Angemessenheit der Zeichnungen von Kapitalanteilen

(1) Der Gouverneursrat kann in von ihm für geeignet erachteten Zeitabständen die Angemessenheit des dem Kapitalkonto zur Verfügung stehenden Kapitals überprüfen.

(2) Aufgrund einer Überprüfung nach Absatz 1 kann der Gouverneursrat beschließen, nicht gezeichnete Anteile zur Zeichnung freizugeben oder zusätzliche Kapitalanteile auf einer Bewerbungsgrundlage auszugeben, die der Gouverneursrat bestimmt.

(3) Beschlüsse des Gouverneursrats aufgrund dieses Artikels werden mit besonders qualifizierter Mehrheit gefasst, treten jedoch nur in Kraft, wenn sie von allen Mitgliedern angenommen werden. Ein Beschluss gilt als von einem Mitglied angenommen, sofern es nicht innerhalb von sechs Monaten nach der Beschlussfassung beim Geschäftsführenden Direktor schriftlich Einspruch erhebt. Der Gouverneursrat kann diese Frist im Zeitpunkt der Beschlussfassung auf Antrag eines Mitglieds verlängern.

Artikel 12

Freiwillige Beiträge

(1) Der Fonds kann freiwillige Beiträge von Mitgliedern und aus anderen Quellen annehmen. Derartige Beiträge sind in verwendbaren Währungen zu zahlen.

2. The Governing Council may review the adequacy of the resources of the Operations Account at such times as it decides. In the light of any such reviews, the Governing Council may decide to replenish the resources of the Operations Account and make the necessary arrangements. Any such replenishments shall be voluntary for Members and in accordance with this Agreement.

3. Voluntary contributions may, at the discretion of the contributor, be made with or without restrictions as to their use by the Fund.

Article 13

Collateral Reserve

1. The Governing Council shall establish a Collateral Reserve, the resources of which shall be employed as collateral for borrowings made by the Fund.

2. The resources of the Collateral Reserve shall consist of:

- (a) Earnings of the Capital Account, net of administrative expenses, in such amounts as the Governing Council shall determine annually;
- (b) Voluntary contributions to the Collateral Reserve from Members; and
- (c) Any other resources made available for the Collateral Reserve by any party.

3. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2 of this article, the Governing Council shall decide by a Highly Qualified Majority how to dispose of any net earnings of the Capital Account not allocated to the Collateral Reserve.

Article 14

Debt

1. The Fund shall not borrow or otherwise incur debt obligations in any form except as in accordance with paragraph 2 of this article.

2. For the purpose of effective administration of its operations, the Fund may incur short term liabilities for the purpose of:

- (i) settlement of financial transactions or other treasury operations;
- (ii) liquidity needs.

3. The total debt of the Fund shall at no time exceed the resources of the Collateral Reserve.

Article 15

Trust Funds

1. The Fund may accept financial resources from any party or parties for the purpose of establishment of a Trust Fund provided that the resources of such Trust Fund shall be applied to further the objectives of the Fund as set out in article 2.

2. The resources of each Trust Fund shall be held in a separate account, segregated from the resources of the Fund and those of other Trust Funds.

3. The terms and conditions for utilization of the resources of each Trust Fund and for the Fund's administration and/or management thereof shall, after approval by the Executive Board, be laid down in an agreement between the Fund and the owner or owners of the resources of the Trust Fund.

(2) Der Gouverneursrat kann die Angemessenheit der Finanzmittel des Geschäftskontos zu jedem von ihm bestimmten Zeitpunkt überprüfen. Aufgrund derartiger Überprüfungen kann der Gouverneursrat beschließen, die Finanzmittel des Geschäftskontos aufzustocken, und die erforderlichen Vorkehrungen treffen. Derartige Aufstockungen sind freiwillig für die Mitglieder und müssen mit diesem Übereinkommen in Einklang stehen.

(3) Freiwillige Beiträge können nach Ermessen des Gebers mit oder ohne Einschränkung hinsichtlich ihrer Verwendung durch den Fonds gemacht werden.

Artikel 13

Sicherheitsrücklage

(1) Der Gouverneursrat bildet eine Sicherheitsrücklage, deren Finanzmittel als Sicherheit für die Darlehensaufnahme durch den Fonds verwendet werden.

(2) Die Finanzmittel der Sicherheitsrücklage bestehen aus

- a) Erträgen des Kapitalkontos nach Abzug der Verwaltungskosten, in vom Gouverneursrat jährlich festzulegender Höhe;
- b) freiwilligen Beiträgen zur Sicherheitsrücklage von Mitgliedern und
- c) sonstigen für die Sicherheitsrücklage von einer anderen Partei zur Verfügung gestellten Finanzmitteln.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 beschließt der Gouverneursrat mit besonders qualifizierter Mehrheit über die Verwendung etwaiger Nettoerträge, die nicht der Sicherheitsrücklage zugewiesen werden.

Artikel 14

Schulden

(1) Der Fonds darf keine Darlehen aufnehmen oder sonstige Schuldverpflichtungen anderer Art eingehen, es sei denn, dies geschieht im Einklang mit Absatz 2.

(2) Für die Zwecke einer wirksamen Verwaltung seiner Geschäfte kann der Fonds kurzfristige Verbindlichkeiten eingehen für

- i) die Abwicklung von Finanzgeschäften oder sonstigen Maßnahmen der Kassenführung;
- ii) Liquiditätsbedürfnisse.

(3) Die Gesamtschulden des Fonds dürfen die Finanzmittel der Sicherheitsrücklage zu keinem Zeitpunkt übersteigen.

Artikel 15

Treuhandfonds

(1) Der Fonds kann für die Zwecke der Errichtung eines Treuhandfonds von einer Partei oder von Parteien Finanzmittel annehmen, sofern die Finanzmittel eines derartigen Treuhandfonds für die Erreichung der in Artikel 2 niedergelegten Ziele des Fonds verwendet werden.

(2) Die Finanzmittel jedes Treuhandfonds werden auf einem eigenen Konto geführt, getrennt von den Finanzmitteln des Fonds und von denen anderer Treuhandfonds.

(3) Die Bedingungen für die Verwendung der Finanzmittel jedes Treuhandfonds und für die Verwaltung des Fonds und/oder dessen Geschäftsführung werden nach Genehmigung durch das Exekutivdirektorium in einer Vereinbarung zwischen dem Fonds und dem Eigentümer oder den Eigentümern der Finanzmittel des Treuhandfonds niedergelegt.

Chapter V
Operations

Article 16
General Provisions

A. Use of resources

1. The resources and facilities of the Fund shall be used exclusively to achieve its objectives and fulfil its functions.

B. Two accounts

2. The Fund shall establish, and maintain its resources in two separate Accounts: a Capital Account, with resources as provided for in article 17, paragraph 1, and an Operations Account, with resources as provided for in article 18, paragraph 1. Such separation of Accounts shall be reflected in the financial statements of the Fund.

3. With the exception of Shares of Capital, the Governing Council may decide to re-allocate resources of one Account to the other Account and may apply resources of either Account to cover losses, or discharge liabilities, arising out of the operations or other activities of the other Account.

C. General powers

4. In addition to any powers set forth elsewhere in this Agreement, the Fund may exercise the following powers in connection with its operations, subject to and consistent with general operating principles and the terms of this Agreement:

- (a) To invest funds at any time not needed for its operations or for the Collateral Reserve in such financial instruments as the Fund may determine;
- (b) To exercise such other powers necessary to further its objectives and functions and to implement the provisions of this Agreement.

D. General operating principles

5. The Fund shall operate according to the provisions of this Agreement and any rules and regulations which the Governing Council may adopt.

6. The Fund shall operate in a manner consistent with good practice for prudent financial management of public funds.

Article 17
The Capital Account

A. Resources

1. The resources of the Capital Account shall consist of:

- (a) Subscriptions by Members of Shares of Capital, except such part of their subscriptions as may have been allocated to the Operations Account in accordance with article 9, paragraph 3;
- (b) Voluntary contributions allocated to the Capital Account;
- (c) Earnings accrued from investment or deposit of the resources of the Capital Account;
- (d) Earnings received by the Fund as service provider pursuant to article 3 (c);
- (e) Earnings received by the Fund for its administration and management of Trust Funds;

Kapitel V
Geschäfte

Artikel 16
Allgemeine Bestimmungen

A. Verwendung der Finanzmittel

(1) Die Finanzmittel und Einrichtungen des Fonds werden ausschließlich zur Erreichung seiner Ziele und zur Wahrnehmung seiner Aufgaben verwendet.

B. Zwei Konten

(2) Der Fonds errichtet zwei getrennte Konten, auf denen er seine Finanzmittel führt: ein Kapitalkonto mit den in Artikel 17 Absatz 1 vorgesehenen Finanzmitteln sowie ein Geschäftskonto mit den in Artikel 18 Absatz 1 vorgesehenen Finanzmitteln. Diese Kontentrennung muss in der Rechnungslegung des Fonds zum Ausdruck kommen.

(3) Der Gouverneursrat kann beschließen, Finanzmittel eines Kontos mit Ausnahme von Kapitalanteilen dem anderen Konto zuzuweisen, und kann Finanzmittel eines Kontos mit Ausnahme von Kapitalanteilen zur Deckung von Verlusten oder zur Abtragung von Verbindlichkeiten verwenden, die sich aus der Geschäfts- oder sonstigen Tätigkeit im Rahmen des anderen Kontos ergeben.

C. Allgemeine Befugnisse

(4) Zusätzlich zu den in diesem Übereinkommen sonst vorgesehenen Befugnissen kann der Fonds vorbehaltlich der allgemeinen Geschäftsgrundsätze und der Bestimmungen dieses Übereinkommens und im Einklang damit folgende Befugnisse im Zusammenhang mit seiner Geschäftstätigkeit ausüben:

- a) jederzeit Mittel, die für die Geschäftstätigkeit des Fonds oder für die Sicherheitsrücklage nicht benötigt werden, in vom Fonds bestimmten Finanzierungsinstrumenten anlegen;
- b) alle sonstigen Befugnisse wahrnehmen, die zur Erreichung der Ziele und Aufgaben des Fonds und zur Durchführung dieses Übereinkommens erforderlich sind.

D. Allgemeine Geschäftsgrundsätze

(5) Der Fonds wird nach Maßgabe dieses Übereinkommens sowie aller Regeln und Vorschriften tätig, die der Gouverneursrat beschließt.

(6) Der Fonds betreibt seine Geschäfte in einer Weise, die im Einklang mit bewährten Verfahrensweisen für eine umsichtige Verwaltung öffentlicher Mittel steht.

Artikel 17
Das Kapitalkonto

A. Finanzmittel

(1) Die Finanzmittel des Kapitalkontos bestehen aus

- a) den Zeichnungen von Kapitalanteilen durch Mitglieder mit Ausnahme des nach Artikel 9 Absatz 3 dem Geschäftskonto zugewiesenen Teils ihrer Zeichnungen;
- b) den dem Kapitalkonto zugewiesenen freiwilligen Beiträgen;
- c) sich aus der Anlage oder Hinterlegung der Finanzmittel des Kapitalkontos ergebenden Erträgen;
- d) vom Fonds als Dienstleister nach Artikel 3 Buchstabe c erzielten Erträgen;
- e) vom Fonds für seine Verwaltung und Geschäftsführung von Treuhandfonds erzielten Erträgen;

- (f) Earnings received by the Fund in the form of interest, service charge, commitment fee and other charges emanating from Financial Interventions;
- (g) Resources re-allocated from the Operations Account to the Capital Account in accordance with article 16, paragraph 3;
- (h) Borrowings; and
- (i) The Collateral Reserve.

B. Use of the resources of Capital in the Capital Account

2. Capital allocated to the Capital Account shall be employed exclusively to provide revenues:

- (a) To cover the administrative expenses of the Fund; and
- (b) To be allocated to the Collateral Reserve, or be disposed of in such other way, as the Governing Council shall determine in accordance with article 13, paragraphs 2 (a) and 3.

3. For the purposes of article 17, paragraph 2 the Capital allocated to the Capital Account shall be invested and/or deposited in accordance with rules and regulations adopted by the Governing Council. Such rules and regulations shall pay due regard to the objective that such Capital shall remain unimpaired at all times and shall not be pledged or encumbered in any manner.

Article 18 The Operations Account

A. Resources

1. The resources of the Operations Account shall consist of:

- (a) The part of Capital allocated to the Operations Account in accordance with article 9, paragraph 3;
- (b) Voluntary contributions made to the Operations Account;
- (c) Such income as may accrue from time to time from investment or deposit of the resources of the Operations Account;
- (d) Resources re-allocated from the Capital Account to the Operations Account in accordance with article 16, paragraph 3; and
- (e) Any other resources placed at the disposal of, received or acquired by, the Fund for or from its Operations Account activities.

B. Financial limits for the Operations Account

2. The aggregate amount at any time of the Financial Interventions which the Fund has committed itself to provide, shall at no time exceed the resources of the Operations Account.

C. Principles of Operations Account Activities

3. The Fund may make or participate in loans and, except for that portion of the Capital allocated to the Operations Account, any other type of Financial Intervention for the financing of measures in the field of commodities from the resources of the Operations Account, subject to the provisions of this Agreement and in particular to the following terms and conditions:

- (a) The measures shall be innovative commodity development measures, aimed at improving the structural conditions in markets and at enhancing the long-term competitiveness and prospects of particular commodities, or any other measures that may be included in rules and regulations or guidelines adopted by the Governing Council.

- f) vom Fonds in Form von Zinsen, Gebühren für Dienstleistungen, Bereitstellungsgebühren und sonstigen Gebühren aus finanziellen Maßnahmen erzielten Erträgen;
- g) nach Artikel 16 Absatz 3 vom Geschäftskonto dem Kapitalkonto zugewiesenen Finanzmitteln;
- h) Darlehensaufnahmen und
- i) der Sicherheitsrücklage.

B. Verwendung der Kapitalmittel des Kapitalkontos

(2) Dem Kapitalkonto zugewiesenes Kapital ist ausschließlich zu verwenden zur Verschaffung von Einnahmen

- a) zur Deckung der Verwaltungskosten des Fonds und
- b) zur Zuweisung an die Sicherheitsrücklage oder zur Unterwerfung unter sonstige Verfügungen, die der Gouverneursrat nach Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe a und Artikel 13 Absatz 3 bestimmt.

(3) Für die Zwecke des Artikels 17 Absatz 2 wird das dem Kapitalkonto zugewiesene Kapital nach den vom Gouverneursrat beschlossenen Regeln und Vorschriften investiert und/oder hinterlegt. Diese Regeln und Vorschriften müssen das Ziel gebührend berücksichtigen, dass dieses Kapital zu jeder Zeit unvermindert bleibt und in keiner Weise verpfändet oder belastet werden darf.

Artikel 18 Das Geschäftskonto

A. Finanzmittel

(1) Die Finanzmittel des Geschäftskontos bestehen aus

- a) dem Teil des Kapitals, der dem Geschäftskonto nach Artikel 9 Absatz 3 zugewiesen wurde;
- b) den für das Geschäftskonto geleisteten freiwilligen Beiträgen;
- c) den jeweils aus der Anlage oder Hinterlegung der Finanzmittel des Geschäftskontos anfallenden Einkünften;
- d) nach Artikel 16 Absatz 3 von dem Kapitalkonto dem Geschäftskonto zugewiesenen Finanzmitteln und
- e) den sonstigen Finanzmitteln, die dem Fonds für seine Tätigkeiten oder aus seinen Tätigkeiten im Rahmen des Geschäftskontos zur Verfügung gestellt wurden oder von ihm für diese oder aus diesen Tätigkeiten entgegengenommen oder erworben wurden.

B. Finanzielle Grenzen des Geschäftskontos

(2) Der Gesamtbetrag der finanziellen Maßnahmen, zu deren Erbringung sich der Fonds verpflichtet hat, darf die Finanzmittel des Geschäftskontos zu keinem Zeitpunkt übersteigen.

C. Grundsätze für die Tätigkeiten im Rahmen des Geschäftskontos

(3) Der Fonds kann aus den Finanzmitteln des Geschäftskontos Darlehen und jede andere Art von finanziellen Maßnahmen – Letztere jedoch nicht aus dem Teil des Kapitals, der dem Geschäftskonto zugewiesen wurde – zur Finanzierung von Maßnahmen im Rohstoffbereich vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Übereinkommens und insbesondere der folgenden Bedingungen gewähren oder sich daran beteiligen:

- a) Bei den Maßnahmen muss es sich um innovative Maßnahmen der Rohstoffentwicklung mit dem Ziel handeln, die Strukturbedingungen der Märkte zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit und Aussichten bestimmter Rohstoffe auf lange Sicht zu verbessern, oder um sonstige Maßnahmen, die in vom Gouverneursrat beschlossene Regeln und Vorschriften oder Richtlinien aufgenommen werden können.

(b) The activities of the Fund in the Operations Account may take the form of any type of Financial Intervention. All Financial Interventions shall be provided on terms and conditions which the Executive Board decides are appropriate.

b) Die Tätigkeiten des Fonds im Rahmen des Geschäftskontos können in Form jeglicher Art von finanziellen Maßnahmen erfolgen. Alle finanziellen Maßnahmen werden unter den vom Exekutivdirektorium als angemessen beschlossenen Bedingungen erbracht.

Chapter VI

Organization and Management

Article 19

Structure of the Fund

The Fund shall have a Governing Council, an Executive Board, a Consultative Committee, a Managing Director and such staff and employees as may be necessary to carry out its functions.

Article 20

Governing Council

1. All the powers of the Fund shall be vested in the Governing Council.

2. Each Member shall appoint one Governor and one alternate to serve on the Governing Council at the pleasure of the appointing Member. The alternate may participate in meetings but may vote only in the absence of his principal.

3. The Governing Council may delegate to the Executive Board authority to exercise any powers of the Governing Council, except the power:

- (a) To determine the fundamental policy of the Fund;
- (b) To agree on terms and conditions for accession to this Agreement in accordance with article 56;
- (c) To suspend a Member;
- (d) To increase or decrease the Shares of Capital;
- (e) To decide on encashment of promissory notes under article 10;
- (f) To adopt amendments to this Agreement;
- (g) To terminate the operations of the Fund and to distribute the Fund's assets in accordance with chapter VIII;
- (h) To appoint the Managing Director;
- (i) To decide appeals by Members on decisions made by the Executive Board concerning the interpretation or application of this Agreement;
- (j) To approve the audited annual statement of accounts of the Fund;
- (k) To take decisions pursuant to article 13, paragraph 3, relating to net earnings after provision for the Collateral Reserve;
- (l) To approve proposed agreements with other international organizations in accordance with article 29, paragraphs 1 and 2, with the exception of agreements governing singular Financial Interventions;
- (m) To decide on replenishments of the Operations Account in accordance with article 12.

4. The Governing Council shall hold an annual meeting and such special meetings as it may decide, or as are called for by 15 Governors holding at least one fourth of the total voting power, or as requested by the Executive Board.

5. A quorum for any meeting of the Governing Council shall be constituted by a majority of the Governors holding not less than two thirds of the total voting power.

Kapitel VI

Organisation und Geschäftsführung

Artikel 19

Aufbau des Fonds

Der Fonds hat einen Gouverneursrat, ein Exekutivdirektorium, einen Beratenden Ausschuss, einen Geschäftsführenden Direktor sowie das Personal und die Angestellten, derer er zur Wahrnehmung seiner Aufgaben bedarf.

Artikel 20

Gouverneursrat

(1) Alle Befugnisse des Fonds liegen beim Gouverneursrat.

(2) Jedes Mitglied ernennt einen Gouverneur und einen Stellvertreter für den Gouverneursrat; es kann die Ernennung jederzeit widerrufen. Der Stellvertreter darf an Sitzungen teilnehmen, sich an Abstimmungen jedoch nur bei Abwesenheit des Vertretenen beteiligen.

(3) Der Gouverneursrat kann das Recht zur Wahrnehmung aller Befugnisse des Gouverneursrats auf das Exekutivdirektorium übertragen, ausgenommen die Befugnis,

- a) die Richtlinien der Politik des Fonds zu bestimmen;
- b) Bedingungen für den Beitritt zu diesem Übereinkommen nach Artikel 56 zu vereinbaren;
- c) ein Mitglied vorläufig auszuschließen;
- d) die Kapitalanteile zu erhöhen oder zu vermindern;
- e) über die Vorlage zur Zahlung von Schuldscheinen nach Artikel 10 zu entscheiden;
- f) Änderungen dieses Übereinkommens zu beschließen;
- g) die Geschäftstätigkeit des Fonds zu beenden und die Vermögenswerte des Fonds nach Kapitel VIII zu verteilen;
- h) den Geschäftsführenden Direktor zu ernennen;
- i) über Einsprüche von Mitgliedern gegen die Beschlüsse des Exekutivdirektoriums betreffend die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens zu entscheiden;
- j) die geprüfte Jahresrechnung des Fonds zu genehmigen;
- k) Beschlüsse nach Artikel 13 Absatz 3 über die nach der Zuweisung an die Sicherheitsrücklage verbleibenden Nettoerträge zu fassen;
- l) vorgeschlagene Vereinbarungen mit anderen internationalen Organisationen nach Artikel 29 Absätze 1 und 2 zu genehmigen, mit Ausnahme von Vereinbarungen bezüglich einzelner finanzieller Maßnahmen;
- m) die Aufstockung des Geschäftskontos nach Artikel 12 zu beschließen.

(4) Der Gouverneursrat hält eine Jahrestagung sowie außerordentliche Tagungen ab, die er selbst beschließt oder die von 15 Gouverneuren, die mindestens ein Viertel der Gesamtstimmzahl auf sich vereinigen, oder vom Exekutivdirektorium gefordert werden.

(5) Bei Sitzungen ist der Gouverneursrat beschlussfähig, wenn eine Mehrheit der Gouverneure, die mindestens zwei Drittel aller Stimmen umfasst, anwesend ist.

6. The Governing Council shall by a Highly Qualified Majority establish such rules and regulations consistent with this Agreement as it deems necessary for the conduct of the business of the Fund.

7. Governors and alternates shall serve as such without compensation from the Fund, unless the Governing Council decides by a Qualified Majority to pay them reasonable *per diem* and travel expenses incurred in attending meetings.

8. At each annual meeting, the Governing Council shall elect a Chairman from among the Governors. The Chairman shall hold office until the election of his successor. He may be reelected for one successive term.

Article 21

Voting in the Governing Council

1. Votes in the Governing Council shall be distributed among Member States in accordance with schedule D.

2. Decisions in the Governing Council shall, whenever possible, be taken without vote.

3. Except as otherwise provided in this Agreement, all matters before the Governing Council shall be decided by a Simple Majority.

Article 22

Executive Board

1. The Executive Board shall be responsible for the conduct of the operations of the Fund and shall report to the Governing Council thereon. For this purpose the Executive Board shall exercise the powers accorded to it elsewhere in this Agreement or delegated to it by the Governing Council. In the exercise of any delegated powers, the Executive Board shall take decisions by the same levels of majority that would apply were such powers retained by the Governing Council.

2. The Executive Board shall, unless the Governing Council shall decide otherwise with a Highly Qualified Majority, consist of not less than 20 and not more than 25 Executive Directors. There shall be one alternate for each Executive Director.

3. The Executive Directors and one alternate to each Executive Director shall be elected by the Governing Council in the manner specified in schedule E.

4. Each Executive Director and alternate shall be elected for a term of two years and may be re-elected. They shall continue in office until their successors are elected. An alternate may participate in meetings but may vote only in the absence of his principal.

5. The Executive Board shall function at the headquarters of the Fund and shall meet as often as the business of the Fund may require.

6. The Executive Directors and their alternates shall serve without remuneration from the Fund. The Fund may, however, pay them reasonable *per diem* and travel expenses incurred in attending meetings.

7. A quorum for any meeting of the Executive Board shall be constituted by a majority of Executive Directors holding not less than two thirds of the total voting power.

8. The Executive Board shall invite the Secretary General of UNCTAD to attend the meetings of the Executive Board as an observer.

9. The Executive Board may invite the representatives of other interested international bodies to attend its meetings as observers.

(6) Der Gouverneursrat legt mit besonders qualifizierter Mehrheit alle für den Geschäftsbetrieb des Fonds für erforderlich erachteten Regeln und Bestimmungen fest, die mit diesem Übereinkommen vereinbar sind.

(7) Für ihre Tätigkeit erhalten die Gouverneure und Stellvertreter vom Fonds kein Entgelt, sofern nicht der Gouverneursrat mit qualifizierter Mehrheit beschließt, ihnen für die Teilnahme an Tagungen angemessene Tagegelder zu zahlen und die Fahrtkosten zu erstatten.

(8) Auf jeder Jahrestagung wählt der Gouverneursrat einen Vorsitzenden aus seiner Mitte. Die Amtszeit des Vorsitzenden dauert bis zur Wahl seines Nachfolgers. Er kann für eine einzige anschließende Amtszeit wiedergewählt werden.

Artikel 21

Abstimmung im Gouverneursrat

(1) Die Stimmen im Gouverneursrat werden nach Anhang D unter den Mitgliedstaaten verteilt.

(2) Der Gouverneursrat fasst seine Beschlüsse, soweit möglich, ohne Abstimmung.

(3) Soweit in diesem Übereinkommen nichts anderes bestimmt ist, werden alle beim Gouverneursrat anstehenden Angelegenheiten mit einfacher Mehrheit entschieden.

Artikel 22

Exekutivdirektorium

(1) Das Exekutivdirektorium ist für die Geschäftsführung des Fonds verantwortlich und legt dem Gouverneursrat darüber Rechenschaft ab. Zu diesem Zweck nimmt das Exekutivdirektorium die ihm in diesem Übereinkommen zugewiesenen oder vom Gouverneursrat übertragenen Befugnisse wahr. Übt das Exekutivdirektorium übertragene Befugnisse aus, so beschließt es mit denselben Mehrheiten, die erforderlich wären, wenn diese Befugnisse beim Gouverneursrat verblieben wären.

(2) Das Exekutivdirektorium setzt sich aus mindestens 20 und höchstens 25 Exekutivdirektoren zusammen, sofern der Gouverneursrat nicht mit besonders qualifizierter Mehrheit etwas anderes beschließt. Für jeden Exekutivdirektor gibt es einen Stellvertreter.

(3) Die Exekutivdirektoren und ein Stellvertreter für jeden Exekutivdirektor werden vom Gouverneursrat nach dem in Anhang E festgelegten Verfahren gewählt.

(4) Jeder Exekutivdirektor und sein Stellvertreter werden für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt; sie können wiedergewählt werden. Sie bleiben bis zur Wahl ihrer Nachfolger im Amt. Ein Stellvertreter darf an Tagungen teilnehmen, sich an Abstimmungen jedoch nur bei Abwesenheit des Vertretenen beteiligen.

(5) Das Exekutivdirektorium wird am Sitz des Fonds tätig und tritt so oft zusammen, wie es die Geschäfte des Fonds erfordern.

(6) Die Exekutivdirektoren und ihre Stellvertreter erhalten für ihre Tätigkeit vom Fonds keine Vergütung. Der Fonds kann ihnen jedoch für die Teilnahme an Tagungen angemessene Tagegelder zahlen und die Fahrtkosten erstatten.

(7) Bei Sitzungen ist das Exekutivdirektorium beschlussfähig, wenn eine Mehrheit von Exekutivdirektoren anwesend ist, die mindestens zwei Drittel aller Stimmen umfasst.

(8) Das Exekutivdirektorium lädt den Generalsekretär der UNCTAD ein, seinen Tagungen als Beobachter beizuwohnen.

(9) Das Exekutivdirektorium kann die Vertreter anderer interessierter internationaler Gremien einladen, seinen Tagungen als Beobachter beizuwohnen.

Article 23**Voting in the Executive Board**

1. Each Executive Director shall be entitled to cast the number of votes attributable to the Members he represents. These votes need not be cast as a unit.
2. Decisions in the Executive Board shall, whenever possible, be taken without vote.
3. Except as otherwise provided in this Agreement, all matters before the Executive Board shall be decided by a Simple Majority.

Article 24**Managing Director and Staff**

1. The Governing Council shall by a Qualified Majority appoint the Managing Director. If the appointee is, at the time of his appointment, a Governor or an Executive Director, or an alternate, he shall resign from such position prior to taking up his duties as Managing Director.
2. The Managing Director shall be the chief executive officer of the Fund and shall conduct, under the direction of the Governing Council and the Executive Board, the ordinary business of the Fund.
3. The term of office of the Managing Director shall be four years and he may be reappointed for one successive term. However, he shall cease to hold office at any time the Governing Council so decides by a Qualified Majority.
4. The Managing Director shall be responsible for the organization, appointment and dismissal of the staff pursuant to staff rules and regulations to be adopted by the Fund. In appointing the staff the Managing Director shall, subject to the paramount importance of securing the highest standards of efficiency and of technical competence, pay due regard to recruiting personnel on as wide a geographical basis as possible.
5. The Managing Director and staff, in the discharge of their functions, shall owe their duty entirely to the Fund and to no other authority. Each Member shall respect the international character of this duty and shall refrain from all attempts to influence the Managing Director or any of the staff in the discharge of their functions.

Article 25**Consultative Committee**

The Fund shall maintain at the disposal of the Executive Board, a Consultative Committee, established and operating, in accordance with rules and regulations adopted by the Governing Council, to facilitate the activities of the Operations Account.

Article 26**Budgetary and Audit Provisions**

1. The administrative expenses of the Fund shall be covered from the resources of the Capital Account.
2. The Managing Director shall prepare an annual administrative budget, which shall be considered by the Executive Board and be transmitted, together with its recommendations, to the Governing Council for approval.
3. The Managing Director shall arrange for an annual independent and external audit of the accounts of the Fund. The audited statement of accounts, after consideration by the Executive Board, shall be transmitted, together with its recommendations, to the Governing Council for approval.

Artikel 23**Abstimmung im Exekutivdirektorium**

- (1) Jeder Exekutivdirektor ist berechtigt, die den von ihm vertretenen Mitgliedern zustehende Anzahl von Stimmen abzugeben. Diese Stimmen brauchen nicht als Einheit abgegeben zu werden.
- (2) Das Exekutivdirektorium beschließt, soweit möglich, ohne Abstimmung.
- (3) Soweit in diesem Übereinkommen nichts anderes bestimmt ist, werden alle beim Exekutivdirektorium anstehenden Angelegenheiten mit einfacher Mehrheit entschieden.

Artikel 24**Geschäftsführender Direktor und Personal**

- (1) Der Gouverneursrat ernennt mit qualifizierter Mehrheit den Geschäftsführenden Direktor. Ist der Ernannte im Zeitpunkt seiner Ernennung Gouverneur oder Exekutivdirektor oder Stellvertreter, so tritt er vor Übernahme seines Amtes als Geschäftsführender Direktor von diesem Posten zurück.
- (2) Der Geschäftsführende Direktor ist der höchste Exekutivbeamte des Fonds und führt nach Weisung des Gouverneursrats und des Exekutivdirektoriums die ordentlichen Geschäfte des Fonds.
- (3) Die Amtszeit des Geschäftsführenden Direktors beträgt vier Jahre; er kann für eine einzige anschließende Amtszeit wiederernannt werden. Der Gouverneursrat kann ihn jedoch jederzeit mit qualifizierter Mehrheit seines Amtes entheben.
- (4) Der Geschäftsführende Direktor ist für den Einsatz, die Einstellung und Entlassung des Personals nach den vom Fonds zu beschließenden Personalvorschriften verantwortlich. Bei der Einstellung des Personals hat der Geschäftsführende Direktor gebührend darauf zu achten, dass die Auswahl auf möglichst breiter geographischer Grundlage erfolgt, wobei jedoch einem Höchstmaß an Leistungsfähigkeit und Sachkunde vorrangige Bedeutung zukommt.
- (5) Der Geschäftsführende Direktor und das Personal sind bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausschließlich dem Fonds und keiner anderen Stelle verantwortlich. Jedes Mitglied hat den internationalen Charakter dieser Verantwortung zu achten und jeden Versuch zu unterlassen, den Geschäftsführenden Direktor oder ein Mitglied des Personals bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

Artikel 25**Beratender Ausschuss**

Der Fonds stellt dem Exekutivdirektorium einen Beratenden Ausschuss zur Seite, der nach Maßgabe der vom Gouverneursrat beschlossenen Regeln und Vorschriften eingesetzt und tätig wird, um die Tätigkeiten im Rahmen des Geschäftskontos zu erleichtern.

Artikel 26**Bestimmungen über Haushaltsfragen und Rechnungsprüfung**

- (1) Die Verwaltungskosten des Fonds werden aus den Finanzmitteln des Kapitalkontos bestritten.
- (2) Der Geschäftsführende Direktor erstellt einen jährlichen Verwaltungshaushalt, der vom Exekutivdirektorium geprüft und zusammen mit seinen Empfehlungen dem Gouverneursrat zur Genehmigung vorgelegt wird.
- (3) Der Geschäftsführende Direktor sorgt für eine jährliche Prüfung der Konten des Fonds durch unabhängige und externe Rechnungsprüfer. Die geprüften Jahresabschlüsse werden nach Beratung durch das Exekutivdirektorium zusammen mit dessen Empfehlungen dem Gouverneursrat zur Genehmigung vorgelegt.

Article 27**Location of Headquarters**

The headquarters of the Fund shall, except as the Governing Council with a Qualified Majority shall decide otherwise, be located in Amsterdam, The Netherlands. The Fund may, by a decision of the Governing Council, establish other offices, as necessary, in the territory of any Member.

Article 28**Publication of Reports**

The Fund shall issue and transmit to Members an annual report containing an audited statement of accounts. After adoption by the Governing Council, such report and statement shall also be transmitted for information to the General Assembly of the United Nations, to the Trade and Development Board of UNCTAD and to other interested international organizations.

Article 29**Relations with the United Nations, ICBs, other International Organizations and other Entities**

1. The Fund may enter into negotiations with the United Nations with a view to concluding an agreement to bring the Fund into relationship with the United Nations as one of the agencies referred to in Article 57 of the Charter of the United Nations. Any agreement concluded in accordance with Article 63 of the Charter shall require the approval of the Governing Council, upon the recommendation of the Executive Board.

2. The Fund may co-operate closely with the bodies and organizations of the United Nations system, and enter into such agreements with such entities as may be deemed desirable.

3. The Fund shall seek to establish working relationships with ICBs and other international organizations and with public and private entities engaged in activities related to those of the Fund, and to mobilize financial support for the Fund's objectives from whichever sources available. In the interrelation between the Fund and such organizations and entities each party shall respect the autonomy of the other.

Chapter VII**Withdrawal and Suspension of Membership****Article 30****Withdrawal of Members**

A Member may at any time, except as provided for in article 34, paragraph 2, and subject to the provisions of article 32, withdraw from the Fund by transmitting a notice in writing to the Fund. Such withdrawal shall become effective on the date specified on the notice, which shall be not less than twelve months after receipt of the notice by the Fund.

Article 31**Suspension of Membership**

1. If a Member fails to fulfil any of its financial obligations to the Fund, the Governing Council may, except as provided for in article 34, paragraph 2, by a Qualified Majority, suspend its membership. The Member so suspended shall automatically cease to be a Member one year from the date of its suspension, unless

Artikel 27**Sitz und Geschäftsstellen**

Der Sitz des Fonds befindet sich in Amsterdam, Niederlande, sofern der Gouverneursrat nicht mit qualifizierter Mehrheit etwas anderes beschließt. Der Fonds kann aufgrund eines Beschlusses des Gouverneursrats nach Bedarf andere Geschäftsstellen im Hoheitsgebiet jedes Mitglieds errichten.

Artikel 28**Veröffentlichung der Berichte**

Der Fonds gibt einen Jahresbericht heraus, der einen geprüften Jahresabschluss enthält, und übermittelt ihn den Mitgliedern. Nach Annahme durch den Gouverneursrat werden der Bericht und der Jahresabschluss auch der Generalversammlung der Vereinten Nationen, dem Handels- und Entwicklungsrat der UNCTAD sowie anderen interessierten internationalen Organisationen zur Unterrichtung zugesandt.

Artikel 29**Beziehungen zu den Vereinten Nationen, internationalen Rohstoffgremien, anderen internationalen Organisationen und sonstigen juristischen Personen**

(1) Der Fonds kann mit den Vereinten Nationen Verhandlungen mit dem Ziel aufnehmen, ein Abkommen zu schließen, das den Fonds als eine der in Artikel 57 der Charta der Vereinten Nationen bezeichneten Sonderorganisationen mit den Vereinten Nationen in Beziehung bringt. Alle nach Artikel 63 der Charta geschlossenen Abkommen bedürfen der Genehmigung durch den Gouverneursrat, die auf Empfehlung des Exekutivdirektoriums erteilt wird.

(2) Der Fonds kann mit den Gremien und Organisationen im System der Vereinten Nationen eng zusammenarbeiten und mit diesen juristischen Personen Übereinkünfte schließen, sofern er dies für wünschenswert erachtet.

(3) Der Fonds bemüht sich, Arbeitsbeziehungen mit internationalen Rohstoffgremien und anderen internationalen Organisationen sowie mit öffentlich- und privatrechtlichen juristischen Personen herzustellen, die Tätigkeiten durchführen, die mit denen des Fonds zusammenhängen, und finanzielle Unterstützung für die Ziele des Fonds aus allen verfügbaren Quellen zu mobilisieren. Bei den gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Fonds und diesen Organisationen und juristischen Personen achtet jede Partei die Autonomie der anderen.

Kapitel VII**Austritt und zeitweiliger Ausschluss eines Mitglieds****Artikel 30****Austritt von Mitgliedern**

Außer im Fall des Artikels 34 Absatz 2 sowie vorbehaltlich des Artikels 32 kann ein Mitglied jederzeit aus dem Fonds austreten, indem es dem Fonds eine schriftliche Mitteilung zugehen lässt. Der Austritt wird an dem in der Mitteilung bezeichneten Tag wirksam, der mindestens zwölf Monate nach Eingang der Mitteilung beim Fonds liegen muss.

Artikel 31**Zeitweiliger Ausschluss eines Mitglieds**

(1) Kommt ein Mitglied seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Fonds nicht nach, so kann es der Gouverneursrat außer im Fall des Artikels 34 Absatz 2 mit qualifizierter Mehrheit zeitweilig ausschließen. Das Mitglied, das auf diese Weise zeitweilig ausgeschlossen wurde, scheidet ein Jahr nach dem Tag

the Governing Council decides to extend the suspension for a further period of one year.

2. When the Governing Council is satisfied that the suspended Member has fulfilled its financial obligations to the Fund, the Council shall restore the Member to good standing.

3. While under suspension, a Member shall not be entitled to exercise any rights under this Agreement, except the right of withdrawal and to arbitration during the termination of the Fund's operations, but shall remain subject to compliance with all its obligations under this Agreement.

Article 32

Settlement of Accounts

1. When a Member ceases to be a Member, it shall remain liable thereafter to meet all calls made by the Fund before, and payments outstanding as of, the date on which it ceased to be a Member in respect of its obligations to the Fund.

2. When a Member ceases to be a Member, the Fund shall arrange for the repurchase of its Shares consistent with article 16, paragraphs 2 and 3, as a part of the settlement of accounts with that Member. The repurchase price of the Shares shall be the United States dollar value shown by the books of the Fund as at the date the Member ceases to be a Member; provided that any amount thus due to the Member may be applied by the Fund to any liability outstanding to the Fund from that Member pursuant to paragraph 1 of this article.

Chapter VIII

Suspension and Termination of Operations and Settlement of Obligations

Article 33

Temporary Suspension of Operations

In an emergency, the Executive Board may temporarily suspend such of the Fund's operations as it considers necessary pending an opportunity for further consideration and action by the Governing Council.

Article 34

Termination of Operations

1. The Governing Council may terminate the Fund's operations by a decision taken by a vote of two thirds of the total number of Governors holding not less than three fourths of the total voting power. Upon such termination, the Fund shall forthwith cease all activities, except those necessary for the orderly realization and conservation of its assets and the settlement of its outstanding obligations.

2. Until final settlement of its obligations and final distribution of its assets, the Fund shall remain in existence, and all rights and obligations of the Fund and its Members under this Agreement shall continue unimpaired, except that no Member may withdraw or be suspended after the decision to terminate has been taken.

Article 35

Settlement of Obligations: General Provisions

1. The Executive Board shall make such arrangements as are necessary to ensure the orderly realization of the Fund's assets.

des Ausschlusses ohne Weiteres als Mitglied aus, sofern nicht der Gouverneursrat beschließt, den Ausschluss um ein weiteres Jahr zu verlängern.

(2) Hat der Gouverneursrat sich davon überzeugt, dass das zeitweilig ausgeschlossene Mitglied seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Fonds nachgekommen ist, so setzt er es in den vorigen Stand wieder ein.

(3) Solange ein Mitglied zeitweilig ausgeschlossen ist, darf es seine Rechte aus diesem Übereinkommen mit Ausnahme des Austrittsrechts und des Rechts auf ein Schiedsverfahren während der Beendigung der Geschäftstätigkeit des Fonds nicht ausüben, unterliegt jedoch weiterhin allen seinen Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen.

Artikel 32

Abrechnung

(1) Endet die Mitgliedschaft eines Mitglieds, so bleibt es danach verpflichtet, alle vom Fonds vor dem Tag, an dem seine Mitgliedschaft mit Wirkung für seine Verpflichtungen gegenüber dem Fonds endete, abgerufenen Beträge zu zahlen sowie an diesem Tag noch offene Zahlungen zu leisten.

(2) Endet die Mitgliedschaft eines Mitglieds, so sorgt der Fonds für den Rückkauf der Anteile des betreffenden Mitglieds im Einklang mit Artikel 16 Absätze 2 und 3 als Teil der Abrechnung mit dem betreffenden Mitglied. Der Rückkaufpreis der Anteile ist der Wert in US-Dollar, der in den Büchern des Fonds am Tag der Beendigung der Mitgliedschaft ausgewiesen ist; ein dem Mitglied deswegen geschuldeter Betrag kann jedoch vom Fonds zur Deckung dem Fonds von dem betreffenden Mitglied nach Absatz 1 geschuldeter Beträge verwendet werden.

Kapitel VIII

Zeitweilige Einstellung und Beendigung der Geschäftstätigkeit sowie Regelung von Verbindlichkeiten

Artikel 33

Zeitweilige Einstellung der Geschäftstätigkeit

In einer Notlage kann das Exekutivdirektorium die Geschäftstätigkeit des Fonds zeitweilig einstellen, soweit es dies für erforderlich hält, bis der Gouverneursrat Gelegenheit zu weiterer Prüfung und zum Eingreifen hat.

Artikel 34

Beendigung der Geschäftstätigkeit

(1) Durch einen Beschluss, der mit zwei Dritteln der Gesamtstimmen der Gouverneure gefasst wurde, die mindestens drei Viertel der Gesamtstimmenzahl auf sich vereinigen, kann der Gouverneursrat die Geschäftstätigkeit des Fonds beenden. Nach Beendigung der Geschäftstätigkeit stellt der Fonds sofort alle Tätigkeiten ein, ausgenommen die zur ordnungsgemäßen Verwertung und Erhaltung seiner Vermögenswerte und zur Regelung seiner noch offenen Verbindlichkeiten notwendigen Tätigkeiten.

(2) Bis zur endgültigen Regelung seiner Verbindlichkeiten und zur endgültigen Verteilung seiner Vermögenswerte bleibt der Fonds bestehen, und alle Rechte und Pflichten des Fonds und seiner Mitglieder aufgrund dieses Übereinkommens bleiben unberührt, abgesehen davon, dass nach dem Beschluss über die Beendigung der Geschäftstätigkeit ein Mitglied weder austreten noch zeitweilig ausgeschlossen werden kann.

Artikel 35

Erfüllung von Verbindlichkeiten – allgemeine Bestimmungen

(1) Das Exekutivdirektorium trifft alle Vorkehrungen, die erforderlich sind, um eine ordnungsgemäße Verwertung der Vermö-

Before making any payments to creditors holding direct claims, the Executive Board shall, by a Qualified Majority, make such reserves or arrangements as are necessary, in its sole judgment, to ensure a distribution to holders of contingent claims *pro rata* with creditors holding direct claims.

2. No distribution of assets shall be made in accordance with this chapter until:

- (a) All liabilities of the Account in question have been discharged or provided for; and
- (b) The Governing Council has decided to make a distribution by a Qualified Majority.

3. Following a decision of the Governing Council under paragraph 2 (b) of this article, the Executive Board shall make successive distributions of any remaining assets of the Account in question until all such assets have been distributed.

Article 36

Settlement of Obligations: Capital Account

1. Liabilities to creditors of the Fund shall be discharged *pari passu* through the use of the assets of the Capital Account.

2. Distribution of any assets of the Capital Account remaining after the distributions provided for in paragraph 1 of this article shall be made to Members *pro rata* to their subscriptions of Shares of Capital allocated to the Capital Account.

Article 37

Settlement of Obligations: Operations Account

1. Liabilities incurred by the Fund in respect of Operations Account activities shall be discharged through the use of the resources of the Operations Account.

2. Distribution of any remaining assets of the Operations Account shall be made first to Members up to the value of their subscriptions of Shares of Capital allocated to that Account pursuant to article 9, paragraph 3, and then to contributors to that Account *pro rata* to their share in the total amount contributed pursuant to article 12.

Article 38

Settlement of Obligations: Other Assets of the Fund

1. Any other asset shall be realized at a time or times to be decided by the Governing Council, in the light of recommendations made by the Executive Board and in accordance with procedures determined by the Executive Board by a Qualified Majority.

2. Proceeds realized by the sale of such assets shall be used to discharge *pro rata* the liabilities referred to in article 36, paragraph 1, and article 37, paragraph 1. Any remaining assets shall be distributed to Members *pro rata* to their subscriptions of Shares of Capital.

Chapter IX

Status, Privileges and Immunities

Article 39

Purposes

To enable the Fund to fulfil the functions with which it is entrusted, the status, privileges and immunities set forth in this

genswerte des Fonds zu gewährleisten. Bevor Zahlungen an die Gläubiger unmittelbarer Forderungen geleistet werden, bildet das Exekutivdirektorium mit qualifizierter Mehrheit alle Rückstellungen oder trifft alle Vorkehrungen, die nach seinem ausschließlichen Urteil erforderlich sind, um eine anteilmäßige Verteilung an die Inhaber bedingter Forderungen einerseits und an die Gläubiger mit unmittelbaren Forderungen andererseits zu gewährleisten.

(2) Eine Verteilung der Vermögenswerte nach diesem Kapitel findet nur statt, wenn

- a) alle Verbindlichkeiten des fraglichen Kontos erfüllt wurden oder dafür Vorsorge getroffen wurde und
- b) der Gouverneursrat mit qualifizierter Mehrheit eine Verteilung beschlossen hat.

(3) Nach einem Beschluss des Gouverneursrats gemäß Absatz 2 Buchstabe b nimmt das Exekutivdirektorium so lange Anschlussverteilungen etwa verbliebener Vermögenswerte des fraglichen Kontos vor, bis alle diese Vermögenswerte verteilt sind.

Artikel 36

Erfüllung von Verbindlichkeiten – Kapitalkonto

(1) Verbindlichkeiten gegenüber Gläubigern des Fonds sind unter Verwendung der Vermögenswerte des Kapitalkontos gleichrangig zu erfüllen.

(2) Nach den Verteilungen nach Absatz 1 etwa verbleibende Vermögenswerte des Kapitalkontos werden an die Mitglieder im Verhältnis ihrer dem Kapitalkonto zugewiesenen Zeichnungen von Kapitalanteilen verteilt.

Artikel 37

Erfüllung von Verbindlichkeiten – Geschäftskonto

(1) Vom Fonds in Bezug auf die Tätigkeiten im Rahmen des Geschäftskontos eingegangene Verbindlichkeiten werden unter Verwendung der Finanzmittel des Geschäftskontos erfüllt.

(2) Etwa verbleibende Vermögenswerte des Geschäftskontos werden zunächst an die Mitglieder bis zur Höhe des Wertes ihrer diesem Konto nach Artikel 9 Absatz 3 zugewiesenen Zeichnungen von Kapitalanteilen und sodann an die Beitragszahler dieses Kontos im Verhältnis ihres Anteils an dem nach Artikel 12 geleisteten Gesamtbeitrag verteilt.

Artikel 38

Erfüllung von Verbindlichkeiten – sonstige Vermögenswerte des Fonds

(1) Sonstige Vermögenswerte werden zu dem Zeitpunkt oder zu den Zeitpunkten verwertet, die der Gouverneursrat aufgrund von Empfehlungen des Exekutivdirektoriums und nach den vom Exekutivdirektorium mit qualifizierter Mehrheit niedergelegten Verfahren beschließt.

(2) Durch Veräußerung derartiger Vermögenswerte erzielte Erträge werden zur anteilmäßigen Erfüllung der in Artikel 36 Absatz 1 und Artikel 37 Absatz 1 bezeichneten Verbindlichkeiten verwendet. Etwa verbleibende Vermögenswerte werden an Mitglieder im Verhältnis ihrer Zeichnungen der Kapitalanteile verteilt.

Kapitel IX

Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten

Artikel 39

Zweck

Um dem Fonds die Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben zu ermöglichen, werden ihm im Hoheitsgebiet eines jeden Mit-

chapter shall be accorded to the Fund in the territory of each Member.

Article 40

Legal Status of the Fund

The Fund shall possess full juridical personality, and, in particular, the capacity to conclude international agreements with States and international organizations, to enter into contracts, to acquire and dispose of immovable and movable property, and to institute legal proceedings.

Article 41

Immunity from Juridical Proceedings

1. The Fund shall enjoy immunity from every form of legal process, except for actions which may be brought against the Fund:

- (a) By lenders of funds borrowed by the Fund with respect to such funds;
- (b) By buyers or holders of securities issued by the Fund with respect to such securities; and
- (c) By assignees and successors in interest thereof with respect to the aforementioned transactions.

Such actions may be brought only before courts of competent jurisdiction in places in which the Fund has agreed in writing with the other party to be subject. However, if no provision is made as to the forum, or if an agreement as to the jurisdiction of such courts is not effective for reasons other than the fault of the party bringing legal action against the Fund, then such action may be brought before a competent court in the place in which the Fund has its headquarters or has appointed an agent for the purpose of accepting service or notice of process.

2. No action shall be brought against the Fund by Members, except in cases as in paragraph 1 of this article. Nevertheless, Members shall have recourse to such special procedures to settle controversies between themselves and the Fund as may be prescribed in this Agreement and in any rules and regulations adopted by the Fund.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this article, property and assets of the Fund, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from search, any form of taking, foreclosure, seizure, all forms of attachment, injunction, or other judicial process impeding disbursement of funds and any other interlocutory measures before the delivery of a final judgement against the Fund by a court having jurisdiction in accordance with paragraph 1 of this article. The Fund may agree with its creditors to limit the property or assets of the Fund which may be subject to execution in satisfaction of a final judgement.

Article 42

Immunity of Assets from other Actions

The property and assets of the Fund, wherever located and by whomsoever held, shall be immune from search, requisition, confiscation, expropriation and any other form of interference or taking whether by executive or legislative action.

Article 43

Immunity of Archives

The archives of the Fund, wherever located, shall be inviolable.

glieds die Rechtsstellung, Vorrechte und Immunitäten gewährt, die in diesem Kapitel vorgesehen sind.

Artikel 40

Rechtsstellung des Fonds

Der Fonds besitzt volle Rechtspersönlichkeit und insbesondere die Fähigkeit, mit Staaten und internationalen Organisationen völkerrechtliche Übereinkünfte zu schließen, Verträge zu schließen, unbewegliches und bewegliches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen sowie vor Gericht zu stehen.

Artikel 41

Immunität von der Gerichtsbarkeit

(1) Der Fonds genießt Immunität von der Gerichtsbarkeit in jeder Art von gerichtlichen Verfahren, ausgenommen Klagen, die gegen den Fonds erhoben werden

- a) von den Darlehensgläubigern des Fonds in Bezug auf diese Darlehen;
- b) von den Käufern oder Inhabern der vom Fonds ausgegebenen Wertpapiere in Bezug auf diese Wertpapiere sowie
- c) von Zessionaren und Rechtsnachfolgern der oben genannten Personen in Bezug auf die oben genannten Geschäfte.

Derartige Klagen können nur bei den zuständigen Gerichten und an Orten erhoben werden, die der Fonds mit der anderen Partei schriftlich vereinbart hat. Ist jedoch über den Gerichtsstand keine Vereinbarung getroffen worden oder ist eine Vereinbarung über die Zuständigkeit eines derartigen Gerichts aus Gründen unwirksam, welche die gegen den Fonds klagende Partei nicht zu vertreten hat, so kann eine derartige Klage vor einem zuständigen Gericht an dem Ort erhoben werden, an dem der Fonds seinen Sitz hat oder einen Zustellungs- oder Klageempfangsbevollmächtigten ernannt hat.

(2) Mitglieder können nur in den in Absatz 1 bezeichneten Fällen gegen den Fonds klagen. Mitglieder können jedoch von den besonderen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen ihnen und dem Fonds Gebrauch machen, die in diesem Übereinkommen und in den vom Fonds beschlossenen Regeln und Vorschriften vorgesehen sind.

(3) Unbeschadet des Absatzes 1 genießen die Vermögenswerte des Fonds, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, Immunität von der Durchsuchung, jeder Art der Wegnahme, Zwangsvollstreckung, Beschlagnahme, jeder Form des dinglichen Arrests, der Verfügung oder einem sonstigen Rechtsverfahren, das die Auszahlung von Mitteln unterbindet, sowie von sonstigen einstweiligen Maßnahmen, bevor ein nach Artikel 1 zuständiges Gericht ein rechtskräftiges Urteil gegen den Fonds erlassen hat. Der Fonds kann mit seinen Gläubigern vereinbaren, dass nur bestimmte Vermögenswerte des Fonds der Zwangsvollstreckung aus einem rechtskräftigen Urteil unterliegen.

Artikel 42

Immunität der Vermögenswerte von sonstigen Maßnahmen

Die Vermögenswerte des Fonds, gleichviel wo und in wessen Besitz sie sich befinden, genießen Immunität von der Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jeder anderen Form der Beeinträchtigung oder Wegnahme, sei es durch Regierungs- oder durch Gesetzgebungsmaßnahmen.

Artikel 43

Immunität der Archive

Die Archive des Fonds, gleichviel wo sie sich befinden, sind unverletzlich.

Article 44**Freedom of Assets from Restrictions**

To the extent necessary to carry out the operations provided for in this Agreement and subject to the provisions of this Agreement, all property and assets of the Fund shall be free from restrictions, regulations, controls, and moratoria of any nature.

Article 45**Privilege for Communications**

As far as may be compatible with any international convention on telecommunications in force and concluded under the auspices of the International Telecommunication Union to which a Member is a party, the official communications of the Fund shall be accorded by each Member the same treatment that is accorded to the official communications of other Members.

Article 46**Immunities and Privileges of Specified Individuals**

All Governors, Executive Directors, their alternates, the Managing Director, members of the Consultative Committee, experts performing missions for the Fund, and the staff, other than persons in domestic service of the Fund:

- (a) Shall be immune from legal process with respect to acts performed by them in their official capacity except when the Fund waives such immunity;
- (b) When they are not nationals of the Member concerned, shall be accorded, as well as their families forming part of their household, the same immunities from immigration restrictions, alien registration requirements and national service obligations and the same facilities as regards exchange restrictions as are accorded by such Member to the representatives, officials and employees of comparable rank of other international financial institutions of which it is a member;
- (c) Shall be granted the same treatment in respect of travelling facilities as is accorded by each Member to representatives, officials and employees of comparable rank of other international financial institutions of which it is a member.

Article 47**Immunities from Taxation**

1. Within the scope of its official activities, the Fund, its assets, property, income and its operations and transactions authorized by this Agreement shall be exempt from all direct taxation and from all customs duties on goods imported or exported for its official use, provided that this shall not prevent any Member from imposing its normal taxes and customs duties on commodities which originate from the territory of such Member and which are forfeited to the Fund through any circumstance. The Fund shall not claim exemption from taxes which are no more than charges for services rendered.

2. When purchases of goods or services of substantial value necessary for the official activities of the Fund are made by or on behalf of the Fund, and when the price of such purchases includes taxes or duties, appropriate measures shall, to the extent possible and subject to the law of the Member concerned, be taken by such Member to grant exemption from such taxes or duties or provide for their reimbursement. Goods imported or purchased under an exemption provided for in this article shall not be sold or otherwise disposed of in the territory of the Mem-

Artikel 44**Befreiung der Vermögenswerte von Beschränkungen**

Soweit es für die Durchführung der in diesem Übereinkommen vorgesehenen Geschäftstätigkeit erforderlich ist und vorbehaltlich dieses Übereinkommens unterliegen die Vermögenswerte des Fonds keinen Beschränkungen, Regelungen, Kontrollen und Stillhaltevereinbarungen irgendwelcher Art.

Artikel 45**Vorrecht im Nachrichtenverkehr**

Soweit dies mit den geltenden, unter der Schirmherrschaft der Internationalen Fernmeldeunion geschlossenen völkerrechtlichen Übereinkünften über das Fernmeldewesen, denen ein Mitglied als Vertragspartei angehört, vereinbar ist, gewährt jedes Mitglied dem amtlichen Nachrichtenverkehr des Fonds dieselbe Behandlung, die es dem amtlichen Nachrichtenverkehr anderer Mitglieder gewährt.

Artikel 46**Immunitäten und Vorrechte besonderer Personen**

Alle Gouverneure, Exekutivdirektoren, ihre Stellvertreter, der Geschäftsführende Direktor, die Mitglieder des Beratenden Ausschusses, die für den Fonds tätigen Sachverständigen und das Personal des Fonds mit Ausnahme der im Innendienst des Fonds tätigen Personen

- a) genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in ihrer amtlichen Eigenschaft vorgenommenen Handlungen, sofern nicht der Fonds diese Immunität aufhebt;
- b) genießen, wenn sie nicht Staatsangehörige des betreffenden Mitglieds sind, ebenso wie ihre mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen die gleiche Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen, von der Ausländermeldepflicht und von der Verpflichtung zur nationalen Dienstleistung sowie die gleichen Erleichterungen in Bezug auf Devisenbeschränkungen, wie sie das betreffende Mitglied den Vertretern, Amtsträgern und Angestellten vergleichbaren Ranges anderer internationaler Finanzinstitutionen gewährt, deren Mitglied es ist;
- c) genießen in Bezug auf Reiseerleichterungen die gleiche Behandlung, wie sie jedes Mitglied den Vertretern, Amtsträgern und Angestellten vergleichbaren Ranges anderer internationaler Finanzinstitutionen gewährt, deren Mitglied es ist.

Artikel 47**Befreiung von der Besteuerung**

(1) Im Rahmen seiner amtlichen Tätigkeit sind der Fonds, seine Vermögenswerte, seine Einkünfte sowie seine nach diesem Übereinkommen zugelassenen Geschäfte und Transaktionen von allen direkten Steuern sowie von allen Zöllen auf die für den amtlichen Gebrauch des Fonds ein- oder ausgeführten Güter befreit; ein Mitglied ist jedoch nicht gehindert, seine üblichen Steuern und Zölle auf Rohstoffe zu erheben, die aus dem Hoheitsgebiet des betreffenden Mitglieds stammen und die dem Fonds durch irgendeinen Umstand zugefallen sind. Der Fonds hat keinen Anspruch auf Befreiung von Abgaben, die nur Gebühren für Dienstleistungen darstellen.

(2) Werden vom Fonds oder für den Fonds Käufe von erheblichem Wert getätigt oder Dienstleistungen von erheblichem Wert in Anspruch genommen, die für die amtliche Tätigkeit des Fonds erforderlich sind, und sind bei diesen Käufen oder Dienstleistungen Steuern oder sonstige Abgaben im Preis enthalten, so trifft das betreffende Mitglied soweit möglich und vorbehaltlich seiner Rechtsvorschriften geeignete Maßnahmen zur Befreiung von diesen Steuern oder sonstigen Abgaben oder zu ihrer Erstattung. Waren, die nach diesem Artikel steuer- oder abgabenfrei ein-

ber which granted the exemption, except under conditions agreed with that Member.

3. No tax shall be levied by Members on or in respect of salaries and emoluments paid or any other form of payment made by the Fund to Governors, Executive Directors, their alternates, members of the Consultative Committee, the Managing Director and staff, as well as experts performing missions for the Fund, who are not their citizens, nationals or subjects. For the purpose of this article 47, paragraph 3 any person who by virtue of domicile or habitual abode is subject to the taxation laws of a Member shall be regarded as a subject of the Member concerned.

4. No taxation of any kind shall be levied on any obligation or security issued or guaranteed by the Fund, including any dividend or interest thereon, by whomsoever held:

- (a) Which discriminates against such obligation or security solely because it is issued or guaranteed by the Fund; or
- (b) If the sole jurisdictional basis for such taxation is the place or currency in which it is issued, made payable or paid, or the location of any office or place of business maintained by the Fund.

Article 48

Waiver of Immunities, Exemptions and Privileges

1. The immunities, exemptions and privileges provided in this chapter are granted in the interests of the Fund. The Fund may waive, to such extent and upon such conditions as it may determine, the immunities, exemptions and privileges provided in this chapter in cases where its action would not prejudice the interests of the Fund.

2. The Managing Director shall have the power, as may be delegated to him by the Governing Council, and the duty to waive the immunity of any of the staff, and experts performing missions for the Fund, in cases where the immunity would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the interests of the Fund.

Article 49

Application of this Chapter

Each Member shall take such action as is necessary for the purpose of making effective in its territory the principles and obligations set forth in this chapter.

Chapter X
Amendments

Article 50

Amendments

- 1.
 - a) Any proposal to amend this Agreement emanating from a Member shall be notified to all Members by the Managing Director and referred to the Executive Board, which shall submit its recommendations thereon to the Governing Council.

geführt oder gekauft worden sind, dürfen im Hoheitsgebiet des Mitglieds, das die Befreiung gewährt hat, nur zu den mit diesem Mitglied vereinbarten Bedingungen verkauft oder in anderer Weise veräußert werden.

(3) Auf Gehälter und andere Bezüge sowie sonstige Beträge, die der Fonds an Gouverneure, Exekutivdirektoren, deren Stellvertreter, die Mitglieder des Beratenden Ausschusses, den Geschäftsführenden Direktor und das Personal sowie die für den Fonds tätigen Sachverständigen zahlt, die nicht Staatsbürger, Staatsangehörige oder Untertanen eines Mitglieds sind, oder im Zusammenhang mit solchen Zahlungen darf das Mitglied keine Steuern erheben. Im Sinne dieses Absatzes wird jede Person, die aufgrund ihres Wohnsitzes oder ihres gewöhnlichen Aufenthalts den Steuergesetzen eines Mitglieds unterliegt, als Untertan des betreffenden Mitglieds betrachtet.

(4) Auf vom Fonds ausgegebene oder garantierte Schuldverschreibungen oder sonstige Wertpapiere, gleichviel in wessen Besitz sie sich befinden, sowie auf die dafür gezahlten Dividenden oder Zinsen werden keine Steuern irgendwelcher Art erhoben,

- a) welche diese Schuldverschreibungen oder Wertpapiere lediglich deshalb benachteiligen, weil sie vom Fonds ausgegeben oder garantiert werden, oder
- b) wenn der einzige Anknüpfungspunkt bezüglich der Zuständigkeit für solche Besteuerung im Ort liegt, an dem sie ausgegeben, zahlbar gestellt oder bezahlt werden, oder in der Währung, in der dies geschieht, oder in dem Ort, an dem der Fonds ein Büro oder eine Geschäftsstelle unterhält.

Artikel 48

Aufhebung der Immunitäten, Befreiungen und Vorrechte

(1) Die in diesem Kapitel vorgesehenen Immunitäten, Befreiungen und Vorrechte werden im Interesse des Fonds gewährt. Der Fonds kann in dem Ausmaß und unter den Bedingungen, die er bestimmt, die in diesem Kapitel vorgesehenen Immunitäten, Befreiungen und Vorrechte in Fällen aufheben, in denen diese Maßnahme die Interessen des Fonds nicht beeinträchtigt.

(2) Der Geschäftsführende Direktor ist befugt, soweit der Gouverneursrat ihm diese Befugnis überträgt, und verpflichtet, die Immunität jedes Mitglieds des Personals sowie jedes für den Fonds tätigen Sachverständigen in Fällen aufzuheben, in denen die Immunität verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Beeinträchtigung der Interessen des Fonds aufgehoben werden kann.

Artikel 49

Anwendung dieses Kapitels

Jedes Mitglied trifft diejenigen Maßnahmen, die erforderlich sind, um den in diesem Kapitel niedergelegten Grundsätzen und Verpflichtungen in seinem Hoheitsgebiet Wirksamkeit zu verleihen.

Kapitel X
Änderungen

Artikel 50

Änderungen

- (1)
 - a) Vorschläge eines Mitglieds zur Änderung dieses Übereinkommens werden allen Mitgliedern vom Geschäftsführenden Direktor notifiziert und dem Exekutivdirektorium vorgelegt, das seine Empfehlungen dazu dem Gouverneursrat zuleitet.

(b) Any proposal to amend this Agreement emanating from the Executive Board shall be notified to all Members by the Managing Director and referred to the Governing Council.

2. Amendments shall be adopted by the Governing Council by a Highly Qualified Majority, but shall not come into force until accepted by all Members. Acceptance shall be deemed to have been given unless any Member notifies its objection to the Managing Director in writing within six months after the adoption of the amendment. Such period of time may be extended by the Governing Council at the time of the adoption of the amendment, at the request of any Member.

3. The Managing Director shall immediately notify all Members and the Depositary of any amendments that are adopted and of the date of the entry into force of any such amendments.

Chapter XI

Interpretation and Arbitration

Article 51

Interpretation

1. Any question of interpretation or application of the provisions of this Agreement arising between any Member and the Fund or between Members shall be submitted to the Executive Board for decision. Such Member or Members shall be entitled to participate in the deliberations of the Executive Board during the consideration of such question in accordance with rules and regulations to be adopted by the Governing Council.

2. In any case where the Executive Board has given a decision under paragraph 1 of this article, any Member may require, within three months from the date of notification of the decision, that the question be referred to the Governing Council, which shall take a decision at its next meeting by a Highly Qualified Majority. The decision of the Governing Council shall be final.

3. Where the Governing Council has been unable to reach a decision under paragraph 2 of this article, the question shall be submitted to arbitration in accordance with the procedures laid down in article 52, paragraph 2, if any Member so requests within three months after the final day of consideration of the question by the Governing Council.

Article 52

Arbitration

1. Any dispute between the Fund and any Member which has withdrawn, or between the Fund and any Member during the termination of the Fund's operations, shall be submitted to arbitration.

2. The arbitral tribunal shall consist of three arbitrators. Each party to the dispute shall appoint one arbitrator. The two arbitrators so appointed shall appoint the third arbitrator, who shall be the Chairman. If within 45 days of receipt of the request for arbitration either party has not appointed an arbitrator, or if within 30 days of the appointment of the two arbitrators the third arbitrator has not been appointed, either party may request the President of the International Court of Justice, or such other authority as may have been prescribed by rules and regulations adopted by the Governing Council, to appoint an arbitrator. If the President of the International Court of Justice has been requested under this paragraph to appoint an arbitrator and if the President is a national of a State party to the dispute or is unable to discharge his duties, the authority to appoint the arbitrator shall devolve on the Vice-President of the Court, or, if he is similarly precluded, on the oldest among the members of the Court not so precluded who have been longest on the bench. The procedure of arbitration shall be fixed by the arbitrators but the Chairman shall have full power to settle all questions of procedure in

b) Vorschläge des Exekutivdirektoriums zur Änderung dieses Übereinkommens werden allen Mitgliedern vom Geschäftsführenden Direktor notifiziert und dem Gouverneursrat vorgelegt.

(2) Änderungen werden vom Gouverneursrat mit besonders qualifizierter Mehrheit beschlossen, treten jedoch nur in Kraft, wenn sie von allen Mitgliedern angenommen werden. Eine Änderung gilt als von einem Mitglied angenommen, sofern es nicht innerhalb von sechs Monaten nach der Beschlussfassung über die Änderung beim Geschäftsführenden Direktor schriftlich Einspruch erhebt. Der Gouverneursrat kann diese Frist im Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Änderung auf Antrag eines Mitglieds verlängern.

(3) Der Geschäftsführende Direktor notifiziert allen Mitgliedern und dem Verwahrer umgehend alle beschlossenen Änderungen sowie den Tag ihres Inkrafttretens.

Kapitel XI

Auslegung und Schiedsverfahren

Artikel 51

Auslegung

(1) Alle Fragen der Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die sich zwischen einem Mitglied und dem Fonds oder zwischen Mitgliedern ergeben, werden dem Exekutivdirektorium zur Entscheidung vorgelegt. Ein solches Mitglied oder solche Mitglieder sind berechtigt, während der Erörterung einer solchen Frage nach den vom Gouverneursrat zu beschließenden Regeln und Vorschriften an den Beratungen des Exekutivdirektoriums teilzunehmen.

(2) Hat das Exekutivdirektorium nach Absatz 1 eine Entscheidung getroffen, so kann jedes Mitglied innerhalb von drei Monaten nach der Notifikation der Entscheidung verlangen, dass die Frage dem Gouverneursrat vorgelegt wird, der auf seiner nächsten Tagung mit besonders qualifizierter Mehrheit entscheidet. Die Entscheidung des Gouverneursrats ist endgültig.

(3) Gelangt der Gouverneursrat nicht zu einer Entscheidung nach Absatz 2, so wird die Frage nach Maßgabe der in Artikel 52 Absatz 2 niedergelegten Verfahren einem Schiedsverfahren unterworfen, wenn ein Mitglied dies innerhalb von drei Monaten nach dem letzten Tag der Erörterung der Frage durch den Gouverneursrat beantragt.

Artikel 52

Schiedsverfahren

(1) Streitigkeiten zwischen dem Fonds und einem Mitglied, das aus dem Fonds ausgetreten ist, oder zwischen dem Fonds und einem Mitglied während der Beendigung der Geschäftstätigkeit des Fonds werden einem Schiedsverfahren unterworfen.

(2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei Schiedsrichtern zusammen. Jede Streitpartei ernennt einen Schiedsrichter. Die beiden solchermaßen ernannten Schiedsrichter bestellen den dritten Schiedsrichter, der Obmann ist. Hat eine Streitpartei innerhalb von 45 Tagen nach Eingang des Antrags auf ein Schiedsverfahren keinen Schiedsrichter ernannt oder wurde der dritte Schiedsrichter nicht innerhalb von 30 Tagen nach Ernennung der beiden anderen Schiedsrichter bestellt, so kann jede Streitpartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs oder eine sonstige Stelle, die in den vom Gouverneursrat beschlossenen Regeln und Vorschriften vorgeschrieben ist, um Ernennung eines Schiedsrichters ersuchen. Ist der Präsident des Internationalen Gerichtshofs nach dieser Bestimmung um Ernennung eines Schiedsrichters ersucht worden und ist der Präsident Staatsangehöriger eines Staates, der in dem Streit Partei ist, oder ist er zur Wahrnehmung seiner Pflichten außerstande, so geht die Befugnis zur Ernennung eines Schiedsrichters auf den Vizepräsidenten des Gerichtshofs oder, wenn dieser gleichermaßen verhindert ist, auf das älteste unter den nicht in dieser

any case of disagreement with respect thereto. A majority vote of the arbitrators shall be sufficient to reach a decision, which shall be final and binding upon the parties.

Chapter XII
Final Provisions

Article 53
Entry into Force

This Agreement entered into force on 19 June 1989 and was amended by the Governing Council on [...10 January 2016..... ...].

Article 54
Periodic Review of the Agreement

The Governing Council shall every ten years, first time in 2024, review this Agreement and in light of any such review take any action the Governing Council may deem appropriate.

Article 55
Depositary

The Secretary-General of the United Nations is the Depositary of this Agreement.

Article 56
Accession

1. Any State or intergovernmental organization specified in article 4 may accede to this Agreement upon such terms and conditions as are agreed between the Governing Council and that State or intergovernmental organization. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Depositary.

2. For any State or intergovernmental organization that deposits an instrument of accession, this Agreement shall enter into force on the date of such deposit.

Article 57
Reservations

Reservations may not be made with respect to any of the provisions of this Agreement, except with respect to article 52.

Article 58
Languages

This Agreement is made in English, French, Russian, Spanish, Chinese and Arabic languages which are equally authentic and have the same force.

Weise verhinderten dienstältesten Mitgliedern des Gerichtshofs über. Das Schiedsverfahren wird von den Schiedsrichtern bestimmt, doch ist der Obmann uneingeschränkt befugt, bei Meinungsverschiedenheiten über Verfahrensfragen diese zu entscheiden. Entscheidungen des Schiedsgerichts bedürfen der Mehrheit der Stimmen der Schiedsrichter; die Entscheidungen sind endgültig und für die Streitparteien bindend.

Kapitel XII
Schlussbestimmungen

Artikel 53
Inkrafttreten

Dieses Übereinkommen trat am 19. Juni 1989 in Kraft und wurde am [...10. Januar 2016.....] vom Gouverneursrat geändert.

Artikel 54
Regelmäßige Überprüfung des Übereinkommens

Der Gouverneursrat überprüft dieses Übereinkommen alle zehn Jahre, erstmals im Jahr 2024, und ergreift angesichts dieser Überprüfungen alle Maßnahmen, die der Gouverneursrat für angemessen erachtet.

Artikel 55
Verwahrer

Verwahrer dieses Übereinkommens ist der Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel 56
Beitritt

(1) Jeder Staat oder jede in Artikel 4 bezeichnete zwischenstaatliche Organisation kann diesem Übereinkommen unter den Bedingungen beitreten, die zwischen dem Gouverneursrat und dem betreffenden Staat oder der betreffenden zwischenstaatlichen Organisation vereinbart werden. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Verwahrer.

(2) Für jeden Staat oder jede zwischenstaatliche Organisation, der beziehungsweise die eine Beitrittsurkunde hinterlegt, tritt dieses Übereinkommen am Tag einer solchen Hinterlegung in Kraft.

Artikel 57
Vorbehalte

Mit Ausnahme seines Artikels 52 unterliegt dieses Übereinkommen keinem Vorbehalt.

Artikel 58
Sprachen

Dieses Übereinkommen ist in englischer, französischer, russischer, spanischer, chinesischer und arabischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist und die gleiche Rechtswirkung hat.

Schedule A			Anhang A		
Subscriptions of Shares of Capital			Zeichnungen von Kapitalanteilen		
State	Shares		Staat	Anteile	
	Number	Value (Units of Account)		Anzahl	Wert (Rechnungs- einheiten)
Afghanistan	105	794,480	Ägypten	147	1 112 271
Albania	103	779,347	Äquatorialguinea	101	764 214
Algeria	118	892,844	Äthiopien	108	817 179
Angola	117	885,277	Afghanistan	105	794 480
Argentina	153	1,157,670	Albanien	103	779 347
Australia	425	3,215,750	Algerien	118	892 844
Austria	246	1,861,352	Angola	117	885 277
Bahamas	101	764,214	Argentinien	153	1 157 670
Bahrain	101	764,214	Australien	425	3 215 750
Bangladesh	129	976,075	Bahamas	101	764 214
Barbados	102	771,780	Bahrain	101	764 214
Belarus	100	756,647	Bangladesch	129	976 075
Belgium	349	2,640,699	Barbados	102	771 780
Benin	101	764,214	Belarus	100	756 647
Bhutan	100	756,647	Belgien	349	2 640 699
Bolivia (Plurinational State of)	113	855,011	Benin	101	764 214
Botswana	101	764,214	Bhutan	100	756 647
Brazil	338	2,557,467	Bolivien (Plurinationaler Staat)	113	855 011
Bulgaria	152	1,150,104	Botsuana	101	764 214
Burkina Faso	101	764,214	Brasilien	338	2 557 467
Burundi	100	756,647	Bulgarien	152	1 150 104
Cabo Verde	100	756,647	Burkina Faso	101	764 214
Cambodia	101	764,214	Burundi	100	756 647
Cameroon	116	877,711	Cabo Verde	100	756 647
Canada	732	5,538,657	Chile	173	1 309 000
Central African Republic	102	771,780	China	1 111	8 406 350
Chad	103	779,347	Costa Rica	118	892 844
Chile	173	1,309,000	Côte d'Ivoire	147	1 112 271
China	1,111	8,406,350	Dänemark	242	1 831 086
Colombia	151	1,142,537	Deutschland	1 819	13 763 412
Comoros	100	756,647	Dominica	100	756 647
Congo	103	779,347	Dominikanische Republik	121	915 543
Costa Rica	118	892,844	Dschibuti	100	756 647
Côte d'Ivoire	147	1,112,271	Ecuador	117	885 277
Cuba	184	1,392,231	El Salvador	118	892 844
Cyprus	100	756,647	Fidschi	105	794 480
Democratic People's Republic of Korea	104	786,913	Finnland	196	1 483 028
Democatic Republic of the Congo	147	1,112,271	Frankreich	1 385	10 479 563
Denmark	242	1,831,086	Gabun	109	824 745
Djibouti	100	756,647	Gambia	102	771 780
Dominica	100	756,647	Ghana	129	976 075
Dominican Republic	121	915,543	Grenada	100	756 647
Ecuador	117	885,277	Griechenland	100	756 647
Egypt	147	1,112,271	Guatemala	120	907 977
El Salvador	118	892,844	Guinea	105	794 480
			Guinea-Bissau	100	756 647

State	Shares		Staat	Anteile	
	Number	Value (Units of Account)		Anzahl	Wert (Rechnungs- einheiten)
Equatorial Guinea	101	764,214	Guyana	108	817 179
Ethiopia	108	817,179	Haiti	103	779 347
Fiji	105	794,480	Heiliger Stuhl	100	756 647
Finland	196	1,483,028	Honduras	110	832 312
France	1,385	10,479,563	Indien	197	1 490 595
Gabon	109	824,745	Indonesien	181	1 369 531
Gambia	102	771,780	Irak	111	839 878
Germany	1,819	13,763,412	Iran (Islamische Republik)	126	953 375
Ghana	129	976,075	Irland	100	756 647
Greece	100	756,647	Island	100	756 647
Grenada	100	756,647	Israel	118	892 844
Guatemala	120	907,977	Italien	845	6 393 668
Guinea	105	794,480	Jamaika	113	855 011
Guinea-Bissau	100	756,647	Japan	2 303	17 425 584
Guyana	108	817,179	Jemen	202	1 528 428
Haiti	103	779,347	Jordanien	104	786 913
Holy See	100	756,647	Kambodscha	101	764 214
Honduras	110	832,312	Kamerun	116	877 711
Hungary	205	1,551,127	Kanada	732	5 538 657
Iceland	100	756,647	Katar	100	756 647
India	197	1,490,595	Kenia	116	877 711
Indonesia	181	1,369,531	Kolumbien	151	1 142 537
Iran (Islamic Republic of)	126	953,375	Komoren	100	756 647
Iraq	111	839,878	Demokratische Republik Kongo	147	1 112 271
Ireland	100	756,647	Kongo	103	779 347
Israel	118	892,844	Demokratische Volksrepublik Korea	104	786 913
Italy	845	6,393,668	Republik Korea	151	1 142 537
Jamaica	113	855,011	Kuba	184	1 392 231
Japan	2,303	17,425,584	Kuwait	103	779 347
Jordan	104	786,913	Demokratische Volksrepublik Laos	101	764 214
Kenya	116	877,711	Lesotho	100	756 647
Kuwait	103	779,347	Libanon	105	794 480
Lao People's Democratic Republic	101	764,214	Liberia	118	892 844
Lebanon	105	794,480	Libyen	105	794 480
Lesotho	100	756,647	Liechtenstein	100	756 647
Liberia	118	892,844	Luxemburg	100	756 647
Libya	105	794,480	Madagaskar	106	802 046
Liechtenstein	100	756,647	Malawi	103	779 347
Luxembourg	100	756,647	Malaysia	248	1 876 485
Madagascar	106	802,046	Malediven	100	756 647
Malawi	103	779,347	Mali	103	779 347
Malaysia	248	1,876,485	Malta	101	764 214
Maldives	100	756,647	Marokko	137	1 036 607
Mali	103	779,347	Mauretanien	108	817 179
Malta	101	764,214	Mauritius	109	824 745
Mauritania	108	817,179	Mexiko	144	1 089 572
Mauritius	109	824,745			
Mexico	144	1,089,572			

State	Shares		Staat	Anteile	
	Number	Value (Units of Account)		Anzahl	Wert (Rechnungs- einheiten)
Monaco	100	756,647	Monaco	100	756 647
Mongolia	103	779,347	Mongolei	103	779 347
Morocco	137	1,036,607	Mosambik	106	802 046
Mozambique	106	802,046	Myanmar	104	786 913
Myanmar	104	786,913	Nauru	100	756 647
Nauru	100	756,647	Nepal	101	764 214
Nepal	101	764,214	Neuseeland	100	756 647
Netherlands	430	3,253,583	Nicaragua	114	862 578
New Zealand	100	756,647	Niederlande	430	3 253 583
Nicaragua	114	862,578	Niger	101	764 214
Niger	101	764,214	Nigeria	134	1 013 907
Nigeria	134	1,013,907	Norwegen	202	1 528 427
Norway	202	1,528,427	Österreich	246	1 861 352
Oman	100	756,647	Oman	100	756 647
Pakistan	122	923,110	Pakistan	122	923 110
Panama	105	794,480	Panama	105	794 480
Papua New Guinea	116	877,711	Papua-Neuguinea	116	877 711
Paraguay	105	794,480	Paraguay	105	794 480
Peru	136	1,029,040	Peru	136	1 029 040
Philippines	183	1,384,664	Philippinen	183	1 384 664
Poland	362	2,739,063	Polen	362	2 739 063
Portugal	100	756,647	Portugal	100	756 647
Qatar	100	756,647	Ruanda	103	779 347
Republic of Korea	151	1,142,537	Rumänien	142	1 074 439
Romania	142	1,074,439	Russische Föderation	1 865	14 111 469
Russian Federation	1,865	14,111,469	Sambia	157	1 187 936
Rwanda	103	779,347	Salomonen	101	764 214
Saint Lucia	100	756,647	Samoa	100	756 647
Saint Vincent and the Grenadines	100	756,647	San Marino	100	756 647
Samoa	100	756,647	São Tomé und Príncipe	101	764 214
San Marino	100	756,647	Saudi-Arabien	105	794 480
Sao Tome and Principe	101	764,214	Schweden	363	2 746 629
Saudi Arabia	105	794,480	Schweiz	326	2 466 670
Senegal	113	855,011	Senegal	113	855 011
Senegal	113	855,011	Seychellen	100	756 647
Seychelles	100	756,647	Sierra Leone	103	779 347
Sierra Leone	103	779,347	Simbabwe	100	756 647
Singapore	134	1,013,907	Singapur	134	1 013 907
Solomon Islands	101	764,214	Somalia	101	764 214
Somalia	101	764,214	Spanien	447	3 382 213
South Africa	309	2,338,040	Sri Lanka	124	938 242
Spain	447	3,382,213	St. Lucia	100	756 647
Sri Lanka	124	938,242	St. Vincent und die Grenadinen	100	756 647
Sudan	124	938,242	Sudan	124	938 242
Suriname	104	786,913	Südafrika	309	2 338 040
Swaziland	104	786,913	Suriname	104	786 913
Sweden	363	2,746,629	Swasiland	104	786 913
Switzerland	326	2,466,670	Arabische Republik Syrien	113	855 011

State	Shares		Staat	Anteile	
	Number	Value (Units of Account)		Anzahl	Wert (Rechnungs- einheiten)
Syrian Arab Republic	113	855,011	Vereinigte Republik Tansania	113	855 011
Thailand	137	1,036,607	Thailand	137	1 036 607
Togo	105	794,480	Togo	105	794 480
Tonga	100	756,647	Tonga	100	756 647
Trinidad and Tobago	103	779,347	Trinidad und Tobago	103	779 347
Tunisia	113	855,011	Tschad	103	779 347
Turkey	100	756,647	Türkei	100	756 647
Uganda	118	892,844	Tunesien	113	855 011
Ukraine	100	756,647	Uganda	118	892 844
United Arab Emirates	101	764,214	Ukraine	100	756 647
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	1,051	7,952,361	Ungarn	205	1 551 127
United Republic of Tanzania	113	855,011	Uruguay	107	809 612
United States of America	5,012	37,923,155	Venezuela (Bolivarische Republik)	120	907 977
Uruguay	107	809,612	Vereinigte Arabische Emirate	101	764 214
Venezuela (Bolivarian Republic of)	120	907,977	Vereinigte Staaten von Amerika	5 012	37 923 155
Viet Nam	108	817,179	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	1 051	7 952 361
Yemen	202	1,528,428	Vietnam	108	817 179
Zambia	157	1,187,936	Zentralafrikanische Republik	102	771 780
Zimbabwe	100	756,647	Zypern	100	756 647

Schedule B**Special arrangements
for the least developed countries,
pursuant to article 10, paragraph 5**

1. Members in the category of least developed countries as defined by the United Nations shall pay the Shares referred to in article 9, paragraph 1 (b), in the following manner:

- (a) A payment of 30 per cent shall be made in three equal instalments over a period of three years;
- (b) A subsequent payment of 30 per cent shall be made in instalments as and when decided by the Executive Board;
- (c) After payment of (a) and (b) above, the remaining 40 per cent shall be evidenced by members by the deposit of irrevocable, non-negotiable non-interest-bearing promissory notes, and shall be paid as and when decided by the Executive Board.

2. Notwithstanding the provisions of article 31, a least developed country shall not be suspended from its membership for its failure to fulfil the financial obligations referred to in paragraph 1 of this schedule without being given the full opportunity to represent its case, within a reasonable period of time, and satisfy the Governing Council of its inability to fulfil such obligations.

Anhang B**Besondere Vorkehrungen
zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder
nach Artikel 10 Absatz 5**

(1) Mitglieder, die der Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder im Sinne der Begriffsbestimmung der Vereinten Nationen zuzurechnen sind, zahlen die in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b bezeichneten Anteile in folgender Weise:

- a) Eine Zahlung von 30 v. H. ist in drei gleichen Raten während eines Zeitraums von drei Jahren zu entrichten;
- b) eine nachfolgende Zahlung von 30 v. H. ist in den Raten und zu den Zeitpunkten zu entrichten, die das Exekutivdirektorium beschließt;
- c) nach den Zahlungen unter den Buchstaben a und b ist der Restbetrag von 40 v. H. von den Mitgliedern durch Hinterlegung unwiderruflicher, nicht begebbarer, zinsloser Schuldscheine zu leisten, die in der Weise und zu dem Zeitpunkt zur Zahlung vorgelegt werden, die das Exekutivdirektorium beschließt.

(2) Ungeachtet des Artikels 31 kann ein Mitglied, das zu den am wenigsten entwickelten Ländern gehört, wegen Nichterfüllung der in Absatz 1 bezeichneten finanziellen Verpflichtungen nur dann zeitweilig ausgeschlossen werden, wenn ihm zuvor umfassend Gelegenheit gegeben wurde, innerhalb einer angemessenen Frist eine Stellungnahme abzugeben und den Gouverneursrat von seinem Unvermögen zu überzeugen, diese Verpflichtungen zu erfüllen.

Schedule C**Eligibility criteria for ICBs**

1. An ICB shall be established on an intergovernmental basis, with membership open to all States Members of the United Nations or of any of its specialized agencies or of the International Atomic Energy Agency.
2. It shall be concerned on a continuing basis with the trade, production and consumption aspects of the commodity in question.
3. Its membership shall comprise producers and consumers which shall represent an adequate share of exports and of imports of the commodity concerned.
4. It shall have an effective decision-making process that reflects the interests of its participants.
5. It shall be in a position to adopt a suitable method for ensuring the proper discharge of any technical or other responsibilities arising from its association with the activities of the Operations Account.

Schedule D**Allocation of votes**

1. Each Member State referred to in article 5 (a) shall hold:
 - (a) 150 basic votes;
 - (b) The number of votes allocated to it in respect of Shares of Capital which it has subscribed, as set out in the annex to this schedule;
 - (c) Any votes allocated to it in accordance with paragraph 3 of this schedule.
2. Each Member State referred to in article 5 (b) shall hold:
 - (a) 150 basic votes;
 - (b) A number of votes in respect of Shares of Capital which it has subscribed, to be determined by the Governing Council by a Qualified Majority on a basis consistent with the allocation of votes provided for in the annex to this schedule;
 - (c) Any votes allocated to it in accordance with paragraph 3 of this schedule.
3. In the event of unsubscribed or additional Shares of Capital being made available for subscription in accordance with article 8, paragraph 3 (b) and article 11, paragraph 2, two additional votes shall be allocated to each Member State for each additional Share of Capital which it subscribes
4. The Governing Council shall keep the voting structure under constant review and, if the actual voting structure is significantly different from that provided for in the annex to this schedule, shall make any necessary adjustments in accordance with the fundamental principles governing the distribution of votes reflected in this schedule. In making such adjustments, the Governing Council shall take into consideration:
 - (a) The membership;
 - (b) The number of Shares of Capital.

Anhang C**Maßstäbe für die Anerkennung internationaler Rohstoffgremien**

- (1) Internationale Rohstoffgremien sind auf zwischenstaatlicher Grundlage einzusetzen; die Mitgliedschaft muss allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation offenstehen.
- (2) Ein solches Gremium muss sich fortdauernd mit Fragen des Handels, der Erzeugung und des Verbrauchs des fraglichen Rohstoffs befassen.
- (3) Das Gremium muss Erzeuger und Verbraucher, die für einen angemessenen Teil der Ein- und Ausfuhren des betreffenden Rohstoffs repräsentativ sind, als Mitglieder umfassen.
- (4) Das Gremium muss einen wirksamen Entscheidungsprozess aufweisen, der den Interessen seiner Teilnehmer Ausdruck verleiht.
- (5) Das Gremium muss in der Lage sein, ein zweckdienliches Verfahren einzuschlagen, das die ordnungsgemäße Erfüllung der sich aus seiner Assoziierung mit der Tätigkeit im Rahmen des Geschäftskontos ergebenden technischen oder sonstigen Verantwortlichkeiten gewährleistet.

Anhang D**Stimmenverteilung**

- (1) Jeder in Artikel 5 Buchstabe a bezeichnete Mitgliedstaat verfügt über
 - a) 150 Grundstimmen;
 - b) die Stimmenzahl, die ihm aufgrund der von ihm nach Maßgabe der Anlage zu diesem Anhang gezeichneten Kapitalanteile zugewiesen ist;
 - c) alle ihm nach Absatz 3 dieses Anhangs zugewiesenen Stimmen.
- (2) Jeder in Artikel 5 Buchstabe b bezeichnete Mitgliedstaat verfügt über
 - a) 150 Grundstimmen;
 - b) eine Stimmenzahl aufgrund der von ihm gezeichneten Kapitalanteile, die der Gouverneursrat mit qualifizierter Mehrheit auf einer Grundlage bestimmt, die mit der in der Anlage zu diesem Anhang vorgesehenen Stimmenverteilung in Einklang steht;
 - c) alle ihm nach Absatz 3 dieses Anhangs zugewiesenen Stimmen.
- (3) Werden nicht gezeichnete oder zusätzliche Kapitalanteile nach Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe b sowie nach Artikel 11 Absatz 2 zur Zeichnung aufgelegt, so werden jedem Mitgliedstaat für jeden von ihm gezeichneten zusätzlichen Kapitalanteil zwei zusätzliche Stimmen zugewiesen.
- (4) Der Gouverneursrat überprüft fortlaufend das Stimmrechtsgefüge; weicht das tatsächliche Stimmrechtsgefüge wesentlich von dem in der Anlage zu diesem Anhang vorgesehenen ab, so nimmt er im Einklang mit den in diesem Anhang zum Ausdruck kommenden Grundprinzipien für die Stimmenverteilung die notwendigen Anpassungen vor. Dabei zieht der Gouverneursrat in Betracht
 - a) die Mitgliederzahl;
 - b) die Anzahl von Kapitalanteilen.

Annex to Schedule D Allocation of votes				Anlage zu Anhang D Stimmenverteilung			
State	Basic votes	Additional votes	Total	Staat	Grundstimmen	Zusätzliche Stimmen	Insgesamt
Afghanistan	150	207	357	Ägypten	150	326	476
Albania	150	157	307	Äquatorialguinea	150	197	347
Algeria	150	245	395	Äthiopien	150	216	366
Angola	150	241	391	Afghanistan	150	207	357
Argentina	150	346	496	Albanien	150	157	307
Australia	150	925	1,075	Algerien	150	245	395
Austria	150	502	652	Angola	150	241	391
Bahamas	150	197	347	Argentinien	150	346	496
Bahrain	150	197	347	Australien	150	925	1 075
Bangladesh	150	276	426	Bahamas	150	197	347
Barbados	150	199	349	Bahrain	150	197	347
Belarus	150	151	301	Bangladesch	150	276	426
Belgium	150	747	897	Barbados	150	199	349
Benin	150	197	347	Belarus	150	151	301
Bhutan	150	193	343	Belgien	150	747	897
Bolivia (Plurinational State of)	150	230	380	Benin	150	197	347
Botswana	150	197	347	Bhutan	150	193	343
Brazil	150	874	1,024	Bolivien (Plurinationaler Staat)	150	230	380
Bulgaria	150	267	417	Botsuana	150	197	347
Burkina Faso	150	197	347	Brasilien	150	874	1 024
Burundi	150	193	343	Bulgarien	150	267	417
Cabo Verde	150	193	343	Burkina Faso	150	197	347
Cambodia	150	197	347	Burundi	150	193	343
Cameroon	150	239	389	Cabo Verde	150	193	343
Canada	150	1,650	1,800	Chile	150	402	552
Central African Republic	150	199	349	China	150	2 850	3 000
Chad	150	201	351	Costa Rica	150	243	393
Chile	150	402	552	Côte d'Ivoire	150	326	476
China	150	2,850	3,000	Dänemark	150	493	643
Colombia	150	340	490	Deutschland	150	4 212	4 362
Comoros	150	193	343	Dominica	150	193	343
Congo	150	201	351	Dominikanische Republik	150	253	403
Costa Rica	150	243	393	Dschibuti	150	193	343
Côte d'Ivoire	150	326	476	Ecuador	150	241	391
Cuba	150	434	584	El Salvador	150	245	395
Cyprus	150	193	343	Fidschi	150	207	357
Democratic People's Republic of Korea	150	205	355	Finnland	150	385	535
Democratic Republic of the Congo	150	326	476	Frankreich	150	3 188	3 338
Denmark	150	493	643	Gabun	150	218	368
Djibouti	150	193	343	Gambia	150	199	349
Dominica	150	193	343	Ghana	150	276	426
Dominican Republic	150	253	403	Grenada	150	193	343
Ecuador	150	241	391	Griechenland	150	159	309
Egypt	150	326	476	Guatemala	150	251	401
El Salvador	150	245	395	Guinea	150	207	357
				Guinea-Bissau	150	193	343
				Guyana	150	216	366

State	Basic votes	Additional votes	Total	Staat	Grundstimmen	Zusätzliche Stimmen	Insgesamt
Equatorial Guinea	150	197	347	Haiti	150	203	353
Ethiopia	150	216	366	Heiliger Stuhl	150	159	309
Fiji	150	207	357	Honduras	150	222	372
Finland	150	385	535	Indien	150	471	621
France	150	3,188	3,338	Indonesien	150	425	575
Gabon	150	218	368	Irak	150	226	376
Gambia	150	199	349	Iran (Islamische Republik)	150	266	416
Germany	150	4,212	4,362	Irland	150	159	309
Ghana	150	276	426	Island	150	159	309
Greece	150	159	309	Israel	150	243	393
Grenada	150	193	343	Italien	150	1 915	2 065
Guatemala	150	251	401	Jamaika	150	230	380
Guinea	150	207	357	Japan	150	5 352	5 502
Guinea-Bissau	150	193	343	Jemen	150	394	544
Guyana	150	216	366	Jordanien	150	205	355
Haiti	150	203	353	Kambodscha	150	197	347
Holy See	150	159	309	Kamerun	150	239	389
Honduras	150	222	372	Kanada	150	1 650	1 800
Hungary	150	387	537	Katar	150	193	343
Iceland	150	159	309	Kenia	150	237	387
India	150	471	621	Kolumbien	150	340	490
Indonesia	150	425	575	Komoren	150	193	343
Iran (Islamic Republic of)	150	266	416	Demokratische Republik Kongo	150	326	476
Iraq	150	226	376	Kongo	150	201	351
Ireland	150	159	309	Demokratische Volksrepublik Korea	150	205	355
Israel	150	243	393	Republik Korea	150	340	490
Italy	150	1,915	2,065	Kuba	150	434	584
Jamaica	150	230	380	Kuwait	150	201	351
Japan	150	5,352	5,502	Demokratische Volksrepublik Laos	150	195	345
Jordan	150	205	355	Lesotho	150	193	343
Kenya	150	237	387	Libanon	150	207	357
Kuwait	150	201	351	Liberia	150	243	393
Lao People's Democratic Republic	150	195	345	Libyen	150	208	358
Lebanon	150	207	357	Liechtenstein	150	159	309
Lesotho	150	193	343	Luxemburg	150	159	309
Liberia	150	243	393	Madagaskar	150	210	360
Libya	150	208	358	Malawi	150	201	351
Liechtenstein	150	159	309	Malaysia	150	618	768
Luxembourg	150	159	309	Malediven	150	193	343
Madagascar	150	210	360	Mali	150	201	351
Malawi	150	201	351	Malta	150	197	347
Malaysia	150	618	768	Marokko	150	299	449
Maldives	150	193	343	Mauretanien	150	216	366
Mali	150	201	351	Mauritius	150	220	370
Malta	150	197	347	Mexiko	150	319	469
Mauritania	150	216	366	Monaco	150	159	309
Mauritius	150	220	370	Mongolei	150	157	307
Mexico	150	319	469				

State	Basic votes	Additional votes	Total	Staat	Grundstimmen	Zusätzliche Stimmen	Insgesamt
Monaco	150	159	309	Mosambik	150	210	360
Mongolia	150	157	307	Myanmar	150	205	355
Morocco	150	299	449	Nauru	150	193	343
Mozambique	150	210	360	Nepal	150	195	345
Myanmar	150	205	355	Neuseeland	150	159	309
Nauru	150	193	343	Nicaragua	150	232	382
Nepal	150	195	345	Niederlande	150	936	1 086
Netherlands	150	936	1,086	Niger	150	197	347
New Zealand	150	159	309	Nigeria	150	290	440
Nicaragua	150	232	382	Norwegen	150	399	549
Niger	150	197	347	Österreich	150	502	652
Nigeria	150	290	440	Oman	150	193	343
Norway	150	399	549	Pakistan	150	257	407
Oman	150	193	343	Panama	150	208	358
Pakistan	150	257	407	Papua-Neuguinea	150	239	389
Panama	150	208	358	Paraguay	150	207	357
Papua New Guinea	150	239	389	Peru	150	295	445
Paraguay	150	207	357	Philippinen	150	430	580
Peru	150	295	445	Polen	150	737	887
Philippines	150	430	580	Portugal	150	159	309
Poland	150	737	887	Ruanda	150	201	351
Portugal	150	159	309	Rumänien	150	313	463
Qatar	150	193	343	Russische Föderation	150	4 107	4 257
Republic of Korea	150	340	490	Sambia	150	355	505
Romania	150	313	463	Salomonen	150	195	345
Russian Federation	150	4,107	4,257	Samoa	150	193	343
Rwanda	150	201	351	San Marino	150	159	309
Saint Lucia	150	193	343	São Tomé und Príncipe	150	195	345
Saint Vincent and the Grenadines	150	193	343	Saudi-Arabien	150	207	357
Samoa	150	193	343	Schweden	150	779	929
San Marino	150	159	309	Schweiz	150	691	841
Sao Tome and Principe	150	195	345	Senegal	150	232	382
Saudi Arabia	150	207	357	Seychellen	150	193	343
Senegal	150	232	382	Sierra Leone	150	201	351
Seychelles	150	193	343	Simbabwe	150	193	343
Sierra Leone	150	201	351	Singapur	150	291	441
Singapore	150	291	441	Somalia	150	197	347
Solomon Islands	150	195	345	Spanien	150	976	1 126
Somalia	150	197	347	Sri Lanka	150	263	413
South Africa	150	652	802	St. Lucia	150	193	343
Spain	150	976	1,126	St. Vincent und die Grenadinen	150	193	343
Sri Lanka	150	263	413	Sudan	150	263	413
Sudan	150	263	413	Südafrika	150	652	802
Suriname	150	205	355	Suriname	150	205	355
Swaziland	150	205	355	Swasiland	150	205	355
Sweden	150	779	929	Arabische Republik Syrien	150	232	382
Switzerland	150	691	841	Vereinigte Republik Tansania	150	230	380
Syrian Arab Republic	150	232	382				

State	Basic votes	Additional votes	Total	Staat	Grundstimmen	Zusätzliche Stimmen	Insgesamt
Thailand	150	299	449	Thailand	150	299	449
Togo	150	208	358	Togo	150	208	358
Tonga	150	193	343	Tonga	150	193	343
Trinidad and Tobago	150	203	353	Trinidad und Tobago	150	203	353
Tunisia	150	230	380	Tschad	150	201	351
Turkey	150	159	309	Türkei	150	159	309
Uganda	150	245	395	Tunesien	150	230	380
Ukraine	150	151	301	Uganda	150	245	395
United Arab Emirates	150	197	347	Ukraine	150	151	301
United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	150	2,400	2,550	Ungarn	150	387	537
United Republic of Tanzania	150	230	380	Uruguay	150	214	364
United States of America	150	11,738	11,888	Venezuela (Bolivarische Republik)	150	251	401
Uruguay	150	214	364	Vereinigte Arabische Emirate	150	197	347
Venezuela (Bolivarian Republic of)	150	251	401	Vereinigte Staaten von Amerika	150	11 738	11 888
Viet Nam	150	216	366	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	150	2 400	2 550
Yemen	150	394	544	Vietnam	150	216	366
Zambia	150	355	505	Zentralafrikanische Republik	150	199	349
Zimbabwe	150	193	343	Zypern	150	193	343
Overall Total	(24,450)*	(79,924)*	(104,374)*	Insgesamt	(24 450)*	(79 924)*	(104 374)*

* 'Overall Total' to be determined

* Die Gesamtsummen sind noch zu ermitteln.

Schedule E

Election of Executive Directors

1. For the purpose of this schedule:

“Candidature” means any two persons nominated by a Constituency; one for a post as Executive Director and one for his or her alternate.

“Constituency” means, as the context may require:

- (a) any singular Member holding a number of Votes equal to or exceeding a given number to be determined by the Governing Council at any time; and/or
- (b) any group of Members holding among them a number of Votes which falls between the number determined by the Governing Council under subparagraph (a), and a lower number to be determined by the Governing Council at any time.

“Votes” means votes as allocated to the respective Members pursuant to schedule D.

2. The Executive Directors and their alternates shall be elected by the Governing Council by endorsement of Candidatures submitted by the respective Constituencies. The two persons forming each Candidature need not be of the same nationality.

3. At each meeting of the Governing Council where elections for Executive Directors are to be held, each Constituency shall present one Candidature. In the case that the Governing Council should not endorse a Candidature, the Constituency concerned shall be entitled to submit up to three further Candidatures at the

Anhang E

Wahl der Exekutivdirektoren

(1) Im Sinne dieses Anhangs

bedeutet „Kandidatur“ zwei von einer Stimmrechtsgruppe benannte Personen, eine für einen Posten als Exekutivdirektor und eine als dessen Stellvertreter;

bedeutet „Stimmrechtsgruppe“, abhängig vom jeweiligen Kontext,

- a) ein einzelnes Mitglied, das über eine vom Gouverneursrat zu einem beliebigen Zeitpunkt festzulegende bestimmte Anzahl von Stimmen oder eine diese Anzahl übersteigende Anzahl von Stimmen verfügt, und/oder
- b) eine Gruppe von Mitgliedern, die gemeinsam über eine Anzahl von Stimmen verfügen, die zwischen der vom Gouverneursrat unter Buchstabe a festgelegten und einer vom Gouverneursrat zu einem beliebigen Zeitpunkt festzulegenden niedrigeren Anzahl liegt;

bedeutet „Stimmen“ die den betreffenden Mitgliedern nach Anhang D zugewiesenen Stimmen.

(2) Die Exekutivdirektoren und ihre Stellvertreter werden vom Gouverneursrat durch Zustimmung zu von den betreffenden Stimmrechtsgruppen unterbreiteten Kandidaturen gewählt. Die beiden eine Kandidatur bildenden Personen müssen nicht dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen.

(3) Auf jeder Sitzung des Gouverneursrats, auf der Wahlen der Exekutivdirektoren abgehalten werden sollen, legt jede Stimmrechtsgruppe eine Kandidatur vor. Stimmt der Gouverneursrat einer Kandidatur nicht zu, so ist die betreffende Stimmrechtsgruppe dazu berechtigt, auf der entsprechenden Sitzung des

relevant meeting of the Governing Council.

4. Always subject to the provisions of paragraph 1 of this schedule, any group of Members may at their discretion establish a Constituency. The terms for co-operation, decision-making and nomination of candidatures within each Consistency shall be determined by the Members concerned at their discretion.

5. The Governing Council may at any time with a Highly Qualified Majority amend all or any of the numbers of Votes referred to in paragraph 1 of this schedule.

Schedule F **Unit of Account**

1. The value of one Unit of Account shall be the sum of the values of the following currency units converted into any one of those currencies:

Euro	0.423
United States dollar	0.66
Japanese yen	12.1
Pound sterling	0.1110

2. Any change in the list of the currencies that determine the value of the Unit of Account, and in the amounts of these currencies, shall be made in accordance with rules and regulations adopted by the Governing Council by a Qualified Majority in conformity with the practice of a competent international monetary organization.

Gouverneursrats bis zu drei weitere Kandidaturen zu unterbreiten.

(4) Stets vorbehaltlich des Absatzes 1 kann eine Gruppe von Mitgliedern nach eigenem Ermessen eine Stimmrechtsgruppe bilden. Die Bedingungen für die Zusammenarbeit, Beschlussfassung und Benennung von Kandidaturen innerhalb jeder Stimmrechtsgruppe werden von den betreffenden Mitgliedern nach ihrem Ermessen festgelegt.

(5) Der Gouverneursrat kann jederzeit mit besonders qualifizierter Mehrheit alle oder einzelne der in Absatz 1 bezeichneten Stimmzahlen ändern.

Anhang F **Rechnungseinheit**

(1) Der Wert einer Rechnungseinheit ergibt sich aus der Summe der Werte der folgenden Währungseinheiten, umgerechnet in eine dieser Währungen:

Euro	0,423
US-Dollar	0,66
JapanischerYen	12,1
Pfund Sterling	0,1110

(2) Eine Änderung des Verzeichnisses der Währungen, die den Wert der Rechnungseinheit bestimmen, sowie der Beträge in diesen Währungen wird nach Maßgabe der Regeln und Vorschriften vorgenommen, die der Gouverneursrat mit qualifizierter Mehrheit im Einklang mit der Praxis einer zuständigen internationalen Währungsorganisation beschließt.

Denkschrift

I. Allgemeines

Der Gouverneursrat des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe (GF) hat auf seiner Jahrestagung am 10. Dezember 2014 ein Paket von Änderungen zum Übereinkommen vom 27. Juni 1980 über die Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe (BGBl. 1985 II S. 714, 715) beschlossen. Die Änderungen treten nach Nummer 2 des Beschlusses CFC/GC/XXVI/1 des Gouverneursrates 13 Monate nach Beschlussfassung in Kraft, sofern kein Mitglied widerspricht. Hintergrund dafür ist, dass das Änderungs paket auch Änderungen enthält, die nach Artikel 51 Absatz 3 des Übereinkommens eines Konsenses bedürfen. Während der Frist sind die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten zu erfüllen.

Die Ursprünge des GF gehen auf die Diskussion in den 1970er-Jahren über eine neue Weltwirtschaftsordnung zurück. Die stark von Rohstoffexporten abhängigen Entwicklungsländer (EL) sollten durch Abmilderung der Preisvolatilität bei Rohstoffen und Stabilisierung der Rohstoffmärkte in die Lage versetzt werden, selbst in steigende Produktion und Produktivität und damit eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage zu investieren. Dies sollte ursprünglich vor allem über internationale Ausgleichslager („Bufferstocks“) und eine international koordinierte nationale Lagerhaltung im Rahmen von Rohstoffübereinkommen erfolgen. Finanziert werden sollten diese Ausgleichslager aus dem eingezahlten Pflichtkapital der Mitglieder (erster Schalter beziehungsweise erstes Konto).

Daneben sollte der GF Maßnahmen finanzieren, die dazu beitragen, die Marktstrukturen im internationalen Handel mit für die EL wichtigen Rohstoffen zu verbessern und die Exporteinnahmen der EL zu erhöhen. Diese Maßnahmen waren zunächst vor allem für nicht lagerbare Rohstoffe vorgesehen. Hierfür hatten sich zahlreiche Mitglieder (darunter die Bundesrepublik Deutschland) zu freiwilligen Beiträgen verpflichtet (zweiter Schalter beziehungsweise zweites Konto).

Bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des GF am 19. Juni 1989 (BGBl. 1990 II S. 1353) war erkennbar, dass auf absehbare Zeit nicht mit dem Tätigwerden des ersten Schalters zu rechnen war. Dennoch wurden Überlegungen, ob es angesichts dessen für die Industrieländer nicht besser wäre, sich aus dem GF zurückzuziehen, fallengelassen. Grund war der hohe Symbolwert des GF im Nord-Süd-Dialog und der daher erwartete politische Schaden bei einem Rückzug. Um wenigstens die Mittel des ersten Kontos von vornherein für Projekte nutzbar zu machen, hätte es einer Änderung des Übereinkommens mit Dreiviertelmehrheit bedurft, wozu die Stimmen der Industrieländer nicht ausgereicht hätten. Es ist eine Besonderheit des GF, dass die EL hier – ungeachtet ihrer deutlich geringeren Kapitaleinlagen als derer der Industrieländer – ein Stimmgewicht haben, das sie zu gleichberechtigten Partnern in der internationalen Rohstoffzusammenarbeit macht. Die EL waren aber gegen diese Änderung. Somit blieb es dabei, dass das Kapital zunächst nur der Erwirtschaftung von Zinsen diene, um den Verwaltungshaushalt des GF zu finanzieren. Jährliche Mitgliedsbeiträge fallen im GF nicht an.

Ein Gutachten des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung kam 1994 zu dem Schluss, dass der

erste Schalter des GF seine Ziele nicht erreicht hat und die Konzeption des ersten Schalters überholt sei. Der zweite Schalter wurde hingegen positiv bewertet und zugleich vorgeschlagen, die brachliegenden Mittel des ersten Schalters auf den zweiten zu übertragen und damit die rohstoffbezogene Projektförderung finanziell abzusichern. Wiederholte Überlegungen, eine Auflösung des GF zu fordern oder aus dem GF auszutreten, hat die Bundesregierung mit Blick auf die politische Wirkung eines Austritts aus einer Organisation der Vereinten Nationen, die Beziehungen zu den EL und den letztlich begrenzten deutschen Finanzierungsbeitrag (deutscher Pflichtanteil 16,4 Millionen Euro¹) stets verworfen.

Der Gouverneursrat des GF hat allerdings 1995 – einer Forderung Deutschlands und der Industrieländer nach besserer Nutzung der brachliegenden Mittel des ersten Kontos entsprechend – beschlossen, einen Teil der Zins Erlöse des ersten Kontos auch für Projekte zur Marktentwicklung nutzbar zu machen.

Zudem wurden neben der im Übereinkommen vorgesehenen Möglichkeit, in begrenztem Umfang freiwillig Anteile vom ersten auf das zweite Konto zu übertragen, 1998 durch Beschluss des Gouverneursrates weitere freiwillige Übertragungsmöglichkeiten geschaffen.

Das Kerngeschäft des GF liegt heute in der Finanzierung von Rohstoffprojekten in EL. Gefördert werden vor allem eine nachhaltige Rohstoffbewirtschaftung, der Aufbau von Wertschöpfungsketten für Rohstoffe, die Exportdiversifizierung sowie Qualitäts- und Produktivitätsverbesserungen, aber auch Maßnahmen zur Absicherung von Preisrisiken. Diese werden überwiegend aus den freiwilligen Beiträgen (zweites Konto) finanziert. Die freiwillig übertragenen Kapitalanteile dürfen nur in Form von Krediten eingesetzt werden. Deutschland hat bis 2011 freiwillige Beiträge in Höhe von insgesamt 22,6 Millionen US-Dollar (18,4 Millionen Euro) geleistet und damit die Zusage der Bundesregierung aus dem Jahr 1981 vollständig erfüllt.

Als sich abzeichnete, dass die für neue Projekte zur Verfügung stehenden Mittel Ende 2012 weitgehend erschöpft sein werden, wurde dies im GF zum Anlass genommen für eine Grundsatzdiskussion über die Zukunft der Organisation. In deren Ergebnis bekräftigten die Mitglieder den Wunsch, den GF zu erhalten, gleichzeitig aber seine Strukturen, Arbeitsweise und Instrumente zu modernisieren und effizienter zu gestalten.

Zu diesem Zweck wurden zum einen Strukturreformen beschlossen und umgesetzt. Zum anderen wurde das Übereinkommen überarbeitet und an aktuelle Entwicklungen angepasst. Damit soll der GF besser in die Lage versetzt werden, seine Ziele zu erreichen und die finanziellen Mittel effizient und wirksam zu nutzen. Der Charakter des GF und seine o. g. grundsätzlichen politischen Ziele bleiben dabei erhalten.

Neue Verpflichtungen – insbesondere finanzieller Art – werden durch die Änderungen nicht geschaffen.

¹ in Form von Barleistungen (circa 5,6 Millionen Euro), Schuldscheinen (circa 5,6 Millionen Euro) und Gewährleistungen (rund 5,1 Millionen Euro) entrichtet

II. Besonderes

Die Änderungen gegenüber dem bisherigen Übereinkommen umfassen

1. die Streichung nie angewandter Bestimmungen und solcher, die ihre praktische Bedeutung verloren haben,
2. die Aktualisierung von Regelungen,
3. die Auslagerung von Detailregelungen in nachgeordnete Vorschriften und
4. redaktionelle Änderungen.

Zu 1: Gestrichen wurden sämtliche Bezüge zur Finanzierung von internationalen Ausgleichslagern („Bufferstocks“) im Rahmen internationaler Rohstoffübereinkommen und -organisationen. Dies betrifft nahezu alle Kapitel sowie die Anhänge A und D. Hervorzuheben ist, dass damit auch mögliche künftige finanzielle Verpflichtungen wie Garantiekapital und zahlbare Anteile (als Teil des Kapitals des GF) gegenstandslos wurden und sich im geänderten Übereinkommen nicht mehr finden. Weitere Streichungen betreffen den Zielbetrag für die freiwilligen Beiträge und die Prüfung der Angemessenheit des eingezahlten Kapitals nach Inkrafttreten, die Möglichkeit einer Kreditaufnahme sowie die Sonderrücklage. Die Internationalen Rohstofforganisationen verlieren ihr alleiniges Recht, Projektvorschläge einzureichen. Damit wird das Übereinkommen für neue Partner geöffnet. Gestrichen wurden auch die Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Übereinkommens.

Zu 2: Um den Entwicklungen seit Gründung des GF Rechnung zu tragen und den GF fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft, wurden die Ziele (Kapitel II) ergänzt um die Förderung der Entwicklung des Rohstoffsektors und den Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in ihren drei Dimensionen (sozial, wirtschaftlich und ökologisch). Zur Unterstützung der Ziele wurden zusätzliche Aufgaben (Kapitel II) ergänzt, wie die Mobilisierung von Finanzmitteln, der Aufbau von Partnerschaften und das Tätigwerden als Dienstleister. Angepasst wurden die Begriffsbestimmungen für Kapital und Anteile sowie verwendbare Währungen (Ersatz früherer nationaler Währungen durch den Euro (auch in Anhang F)). Neu definiert werden die Begriffe „Treuhandfonds“ und „Finanzinterventionen“. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, künftig auch andere Finanzierungsinstrumente als Darlehen und Zuschüsse zu nutzen. Kreditbürgschaften bleiben allerdings ausgeschlossen. Der GF wird ferner für die Mitgliedschaft anderer als regionaler zwischenstaatlicher Organisationen geöffnet (Kapitel III).

Das erste und zweite Konto werden umbenannt in Kapitalkonto und Geschäftskonto (Kapitel IV und V). Da nach der Streichung der zahlbaren Anteile nur die Kategorie „eingezahlte Anteile“ übrig bleibt, erfolgt im geänderten Übereinkommen keine Unterscheidung der Anteile mehr (Kapitel IV). Zu den Finanzmitteln des Kapitalkontos zählen künftig auch Erträge aus der Tätigkeit als Dienstleister, aus der Verwaltung und aus der Geschäftsführung von Treuhandfonds sowie aus Zinsen und Gebühren für Dienstleistungen und sonstigen Gebühren.

Weitere Änderungen bezüglich des Kapitals (Kapitel IV) betreffen die Einlösung der Schuldscheine. Diese stellen die einzige noch verbliebene finanzielle Verpflichtung im Übereinkommen für bestehende Mitglieder dar, die ihre Pflichtanteile neben Bareinzahlungen auch in Schuldscheinen entrichtet haben. Über deren Einlösung entscheidet künftig der Gouverneursrat (bisher Exekutivdirektorium) mit qualifizierter Mehrheit. Lediglich für die Einlösung von Schuldscheinen, die freiwillig auf das Geschäftskonto übertragene Anteile betreffen, liegt die Entscheidung weiterhin beim Exekutivdirektorium. Beschlüsse des Gouverneursrates zur Erhöhung des Kapitals können künftig erst in Kraft treten, wenn alle Mitglieder zugestimmt haben. Erweitert wurden auch die Möglichkeiten, freiwillige Anteile vom Kapitalkonto auf das Geschäftskonto zu übertragen sowie freiwillig ungezeichnete Anteile zu zeichnen. Neu ist ferner, dass Mitglieder ihre freiwilligen Beiträge hinsichtlich der Verwendung beschränken können. Eine Kreditaufnahme durch den GF ist künftig ausgeschlossen. Lediglich für die Abwicklung von Finanzgeschäften und Maßnahmen der Kassenführung sowie zur Deckung von Liquiditätsbedürfnissen dürfen kurzfristig Verbindlichkeiten eingegangen werden. Als Obergrenze für die Verbindlichkeiten des GF dient die neu eingeführte Sicherheitsrücklage.

Für das Exekutivdirektorium werden organisatorische Änderungen und Vereinfachungen eingeführt (Kapitel VI sowie Anhang E). Sie betreffen die Zusammensetzung, die Wahl und den Vorsitz.

Im Zusammenhang mit den Vorrechten und Immunitäten (Kapitel IX) wird in Artikel 47 Absatz 3 eine Klarstellung eingefügt, die sicherstellt, dass ein Mitgliedstaat keine Steuerbefreiung für das vom GF an seine Bediensteten gezahlte Gehalt gewähren muss, wenn die Person dort aufgrund ihres Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts einkommensteuerpflichtig ist.

Für Änderungen des Übereinkommens (Kapitel X) wird generell ein zweistufiges Verfahren eingeführt. Danach treten im Gouverneursrat beschlossene Änderungen nur dann in Kraft, wenn innerhalb von sechs Monaten (oder einer zu vereinbarenden längeren Frist) kein Widerspruch angemeldet wird. Bisher galt dieses Verfahren nur für ausgewählte, im Übereinkommen ausdrücklich erwähnte Änderungen. Neu eingeführt wird zudem eine regelmäßige Überprüfung des Übereinkommens alle zehn Jahre.

Schließlich wurde auch eine Sprachklausel aufgenommen.

Zu 3: Eher technische oder organisatorische Details wurden in nachgelagerte Regeln und Vorschriften verschoben, die jederzeit durch den Gouverneursrat geändert und an aktuelle Entwicklungen angepasst werden können. Dazu zählen insbesondere allgemeine Geschäftsgrundsätze sowie Funktionen und Arbeitsweise des Beratenden Ausschusses.

Zu 4: Wegen der zahlreichen Streichungen musste die Nummerierung der Kapitel und Artikel angepasst werden.